

NIEMALS VERGESSEN!

**NOVEMBERPOGROM
1938 IN WIEN**



Vermögen des Bethausvereines

- 1 Becher*
- x 2 Trinkerlose ohne Kränze*
- x 3 oesterr. Staatscheine à Kränzen 1000.*
- 1/15 Bänplatz xv; Tantenkayngasse Ka*
- x 1 2 Trinkerlose ohne Kränze*
- x 1 3 oesterr. Staatscheine à Kränzen 100*
- 1/15 Bänplatz xv; Tantenkayngasse*
- x 1 Ambar*

Verein gelöscht

Behördliche - Auflösung

**Broschüre
zum antifaschistischen
Gedenkrundgang am 10.11.2013
Wien, 14. Bezirk, Penzing**

INHALT

Niemals vergessen	Seite 04
Jüdisches Leben im 14. Bezirk Penzing	Seite 08
Orte des nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungssystems in Penzing	Seite 10
Widerstand: „Die Mischlingsliga Wien“	Seite 17
Stationen des antifaschistischen Gedenkrundgangs sind mit Zahlen gekennzeichnet	
2 ...die Kunst, stets auf die Tradition zu verweisen und zugleich von der Geschichte nichts wissen zu wollen – das Max Reinhardt Seminar	Seite 21
Bethaus Penzingerstraße	Seite 29
Fallbeispiele Paul Neurath & Richard Fleischmann	Seite 29
3 Antisemitische Diskriminierung und soziale Ausgrenzung	Seite 30
Auszug aus der Erzählung von „Bubi“ Zerwanitzer	Seite 34
4 Deportationen aus der Goldschlagstrasse nach Theresienstadt	Seite 38
5 „Arisierungen“ in der Hütteldorferstraße	Seite 41
6 Das Reich der Illusionen: Kino unter dem Nationalsozialismus	Seite 44
7 Bethaus Breitenseer Straße	Seite 46
8 Ehemaliges Bethaus Auhawe Israel, Sturzgasse 40 „Verein gelöscht – Behördliche Auflösung“: Chronologie einer Banalität des Bösen	Seite 47
Auszug aus Ruth Beckerman (2002): Illusion und Kompromisse. Zur Identität der Wiener Juden nach der Schoah.	Seite 54

NIEMALS VERGESSEN!

Das Pogrom am 9./10. November 1938 gegen die jüdische Bevölkerung und ihre Einrichtungen war weder spontan noch auf diese Tage beschränkt. Die antisemitischen Ausschreitungen und „Arisierungen“ beschränkten sich auch nicht auf einzelne Bezirke, sondern betrafen die ganze Stadt und das ganze Land.

Während des Novemberpogroms 1938 wurden mindestens 27 jüdische Männer ermordet, es gab 88 Schwerverletzte, dutzende Selbstmorde, mehr als 6500 Festnahmen. 3700 verhaftete Juden wurden direkt in das Konzentrationslager Dachau transportiert, 4000 Geschäfte wurden geplündert und zerstört und 2000 Wohnungen geraubt – im NS-Jargon „arisiert“ – und 42 Synagogen und Bethäuser in Brand gesetzt.

Es gab auch noch Tage danach.

Wo am 9. November noch Synagogen und Bethäuser standen, waren in den Tagen darauf nur noch verkohlte Brandruinen. Wo es noch Geschäfte und Lokale gab, lagen nur noch Scherben – die Scherben, nach denen die Nazis den Tag höhnisch „Reichskristallnacht“ nannten und deren Beseitigung einen neuen Anlass für Demütigungen und Gewalt bot. Wie an der Zerstörung waren auch hier SA, SS, Nachbar_innen und Bürger_innen beteiligt.

Wo am 9. November Angst herrschte, war in den Tagen danach nur noch Verzweiflung. Zehntausende Juden und Jüdinnen wussten nicht, was mit ihren Freund_innen, Verwandten und Nachbar_innen geschehen war.

Wo am 9. November noch Verzweiflung war, da war in den Tagen danach nichts mehr – 27 Morde hatten SA und SS unter Beifallklatschen von Nachbar_innen und Bürger_innen begangen. Und die Angst brachte Dutzende dazu, sich umzubringen.

Das war der November 1938 in Wien.

Während der 9. November mittlerweile auch in Wien als Gedenktag begangen wird, wird über antisemitische Kontinuitäten, die die Zeit davor und danach prägten, kaum gesprochen.

Antisemitismus existierte in Österreich bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. An Karl Lueger, den Wiener Bürgermeister der Jahrhundertwende, dessen Antisemitismus Hitler vorbildhaft erschien, erinnern bis heute – unkommentiert – ein Platz, Denkmäler, eine Kirche und Gedenktafeln. (Einzig der Dr.-Karl-Lueger-Ring wurde 2012 in Universitätsring umbenannt.)

Bereits seit dem „Anschluss“ waren Übergriffe und Ausschreitungen gegen Juden und Jüdinnen und Zerstörungen von Einrichtungen der jüdischen Glaubensgemein-

Antisemitismus, das ist nicht bloß ein Wort aus Geschichtsbüchern und auf Gedenktafeln. Antisemitismus ist Alltag; österreichischer Alltag.

Es gibt noch immer antisemitische Arbeits-, Schul- und Unkolleg_innen, Nachbar_innen und Bekannte. Nicht selten hören wir immer noch antisemitische Beschimpfungen, das ist Alltag für Jüdinnen und Juden. Ebenso wie antisemitische Parteien, Vereine, Organisationen, Parlamentsabgeordnete, Staatschef_innen und so weiter. Antisemitismus findet sich überall, in jeder Gesellschaftsschicht.

In einer 2009 veröffentlichten Umfrage der Anti-Defamation League geben 43 % der Österreicher_innen Juden und Jüdinnen die Schuld an der aktuellen Finanzkrise. 37 % meinen Juden hätten zu viel Einfluss auf die Wirtschaftswelt. Die Hälfte der Befragten beantwortet die Frage: „Ist ihre Meinung gegenüber Juden gut, neutral oder schlecht?“ mit „schlecht“.

Antisemitische Stereotype sind aber auch darüber hinaus Bestandteil der politischen Debatte und werden bewusst oder unbewusst auch von jenen eingesetzt, die sich von der offenen Feindschaft gegen Juden und Jüdinnen distanzieren.

Antisemitismus darf nicht bagatellisiert und geduldet werden. Antisemitische Gewalt- und Vernichtungsdrohungen müssen ernst genommen werden. Wir wissen, wohin dies führen kann. Das dürfen wir niemals vergessen!

schaft in Wien an der Tagesordnung. Die Novemberpogrome unterschieden sich in Wien nur in zwei Punkten von den vorhergehenden Gewalttaten des Jahres 1938: Durch den größeren Umfang und die Massenverhaftungen.

Dennoch bedeutete das Novemberpogrom auch in Wien einen einschneidenden Wendepunkt für Jüdinnen und Juden. Denn es war der Anlass (wenn auch nicht die Ursache) für weitere Verfolgungs- und Enteignungsmaßnahmen im gesamten Deutschen Reich. Im Zuge des Pogroms wurde am 12. November die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ erlassen, „Arisierungen“ wurden dadurch beschleunigt. Am selben Tag wurde Juden und Jüdinnen die zynische Kollektivstrafe von einer Milliarde Reichsmark für die während des Pogroms verursachten Schäden auferlegt.

Das Novemberpogrom stellte einen neuen Höhepunkt antisemitischer Ausschreitungen dar. Die zuvor gehegte Hoffnung vieler Juden und Jüdinnen, es könnte nicht

mehr schlimmer werden und ihre Situation könnte sich bald wieder verbessern, wurde mit diesem Tag zerstört. Nach dem Novemberpogrom wurde der jüdischen Bevölkerung endgültig die Existenzgrundlage entzogen und der Prozess der Diskriminierung, Enteignung und Vertreibung wurde systematisch fortgeführt. Die nächsten Schritte der antisemitischen Politik waren auf Ghettoisierung, Deportation und letztlich die Vernichtung der Juden und Jüdinnen gerichtet. Gab es nach früheren Pogromen immer noch Zufluchtsstätten, so waren die Juden und Jüdinnen Wiens nach den flächendeckenden Zerstörungen und Arisierungen des Novemberpogroms ihrer Schutzräume beraubt.

Der 9. November war ein Höhepunkt von Pogromen, die es in Österreich seit dem „Anschluss an das 3. Reich“ tagtäglich gab, aber er war nicht das Ende. Es dauerte noch fast sieben Jahre, bis den Nazis Einhalt geboten wurde.

Mit einem Rundgang wollen wir aufzeigen, wie flächendeckend die antisemitischen Ausschreitungen und „Arisierungen“ in Wien stattfanden. Wir wollen auch daran erinnern, dass es hier stattfand, in Wien und ganz konkret auf den Straßen, in den Wohnungen, Synagogen, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen.

Quellen:

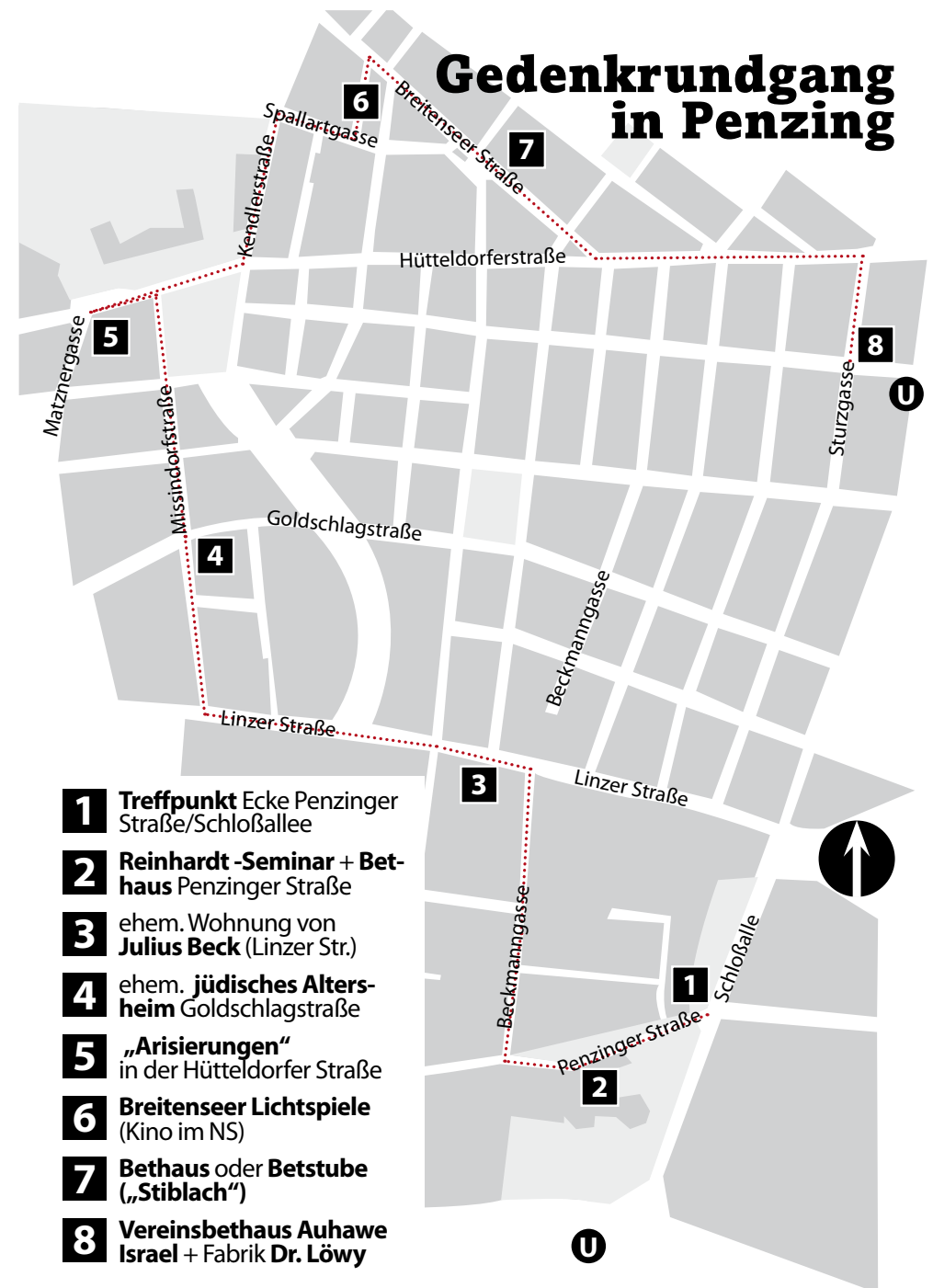
- Gerhard Botz (2002): Ausgrenzung, Beraubung und Vernichtung. Das Ende der Wiener Judentums unter der nationalsozialistischen Herrschaft (1938-1945). In: Ders./Oxaal, Ivar/Pollak, Michael (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Wien: Czernin, 315-339.
- Shoshana Duizend-Jensen (2004): Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution. Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission. Band 21/2. Wien: Oldenbourg.
- Sophie Lillie (2003): Was einmal war. Handbuch der enteigneten Kunstsammlungen Wiens. Wien: Czernin.
- Hans Safrian/Hans Witek (2008): Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938. Wien: Pictus.

Bericht des englischen Korrespondenten Gedye¹ über die Märztage 1938

G. E. R. Gedye, Die Bastionen fielen, Wien 1947, S. 2921
 zitiert nach: DÖW (Hg.) (1984). *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation. Band 3. Wien: ÖBV, S. 211.*

Viel entsetzlicher jedoch war die Selbstverständlichkeit, mit der jede jüdische Familie nunmehr den Selbstmord von Familienmitgliedern als ein normales und natürliches Ereignis hinnahm. Es war einfach unmöglich, irgend jemandem außerhalb Österreichs verständlich zu machen, mit welcher resignierten Sachlichkeit die österreichischen Juden damals von Selbstmord als einem alltäglichen Ausweg aus ihrer entsetzlichen Lage sprachen. Jüdische Freunde teilten einem den Entschluß, Selbstmord zu verüben, in dem gleichen Ton mit, in dem sie einem früher erzählt hatten, daß sie eine kurze Eisenbahnreise unternehmen würden.

¹ George Eric Rowe Gedye (1890-1970). Auslandskorrespondent für verschiedene britische und amerikanische Zeitungen und Leiter des Büros für Zentral- und Südosteuropa der New York Times war Antifaschist, Sozialdemokrat und scharfer Kritiker der britischen Appeasement-Politik. Drei Tage nach dem „Anschluss“ wurde Gedye als „unerwünschter Ausländer“ aus Wien abgeschoben. Sein Buch „Fallen Bastions. The Central European Tragedy“ vollendete er in Prag.



- 1** Treffpunkt Ecke Penzinger Straße/Schloßallee
- 2** Reinhardt -Seminar + Bethesda Penzinger Straße
- 3** ehem. Wohnung von Julius Beck (Linzer Str.)
- 4** ehem. jüdisches Altersheim Goldschlagstraße
- 5** „Arisierungen“ in der Hütteldorfer Straße
- 6** Breitenseer Lichtspiele (Kino im NS)
- 7** Bethesda oder Bethstube („Stiblach“)
- 8** Vereinsbethaus Auhawe Israel + Fabrik Dr. Löwy

JÜDISCHES LEBEN IM 14. BEZIRK PENZING

Der 14. Wiener Gemeindebezirk – Penzing – existiert mit seinen ungefähren heutigen Bezirksgrenzen erst seit 1938 und setzt sich aus den Teilen Penzing, Breitensee, Baumgarten, Hütteldorf sowie Hadersdorf-Weidlingau, das 1848 durch den Zusammenschluss der Gemeinden Weidlingau und Hadersdorf entstanden ist, zusammen.

Das Gebiet des heutigen Bezirks wurde, ausgenommen Hadersdorf-Weidlingau, auf Grund eines 1890 beschlossenen Gesetzes am 1. Jänner 1892 in die Stadt Wien eingemeindet und bildete mit dem heutigen 13. Bezirk (ohne Lainzer Tiergarten) den XIII. Wiener Gemeindebezirk, genannt Hietzing.¹ Dieser wurde in der NS-Zeit per Reichsgesetz am 15. Oktober 1938 geteilt. Im Wesentlichen wurde das nördlich des Wienflusses gelegene Gebiet des alten XIII. Bezirks als 14. Bezirk neu konstituiert. Hadersdorf-Weidlingau (bei Wien verblieben) und Purkersdorf (1954 an Niederösterreich rückgegliedert) wurden eingemeindet und Teile des neuen 14. Bezirks. Seit 1954 sind die Bezirksgrenzen weitestgehend unverändert.

Als die Wiener Vororte den Wandel von Bauerndörfern zu proletarischen Vorstädten vollzogen, entstand im Bereich der südwestlichen Vororte Wiens um die Mitte des 19. Jahrhunderts die jüdische Vorstadtgemeinde „Fünfhaus“ bzw. „Sechshaus“. Als religiöse Gemeinde trat sie offiziell 1852, gemeinsam mit der damals gegründeten „Israelitische Cultusgemeinde Wien“, ins Leben und nannte sich als deren Filiale „Gemeinde Fünfhaus“. 1867/68 machte sie sich – als erste Gemeinde in der näheren Umgebung Wiens – von der Wiener Muttergemeinde unabhängig und bezog nun ihren Namen von dem seit 1848 bestehenden politischen Bezirk und nannte sich „Israelitische Cultusgemeinde im Bezirk Sechshaus“. Die jüdische Gemeinde erstreckte sich über die Vororte Braunhirschen, Fünfhaus, Gaudenzdorf, Ober- und Untermeidling, Reindorf, Rustendorf und Sechshaus. Zur jüdischen Gemeinde Sechshaus gehörten darüber hinaus Ober und Unter St. Veit, Hietzing und der damalige Vorort Penzing.

Nach der Eingemeindung der Vororte Wiens 1890/91 wurde im Jahr 1892 die unabhängige jüdische Gemeinde Sechshaus wieder in die Wiener Muttergemeinde eingebunden. Innerhalb der neuen städtischen Bezirksgliederung, die sich ihrerseits mehrfach verändert hatte, wurde die Gemeinde Sechshaus vorerst nicht geteilt und umfasste die Bezirke XII-XV – dieser Raum entspricht in etwa auch den heutigen Bezirken 12-15. Erst in den 1920er Jahren zeichnete sich eine gewisse Unabhängigkeit der Gemeinde Hietzing ab, die auf den Bezirk Hietzing bezogen, Unter und Ober St. Veit sowie Penzing einschloss.

Das Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur Gesamteinwohner_innenzahl blieb in den verschiedenen südwestlichen Vororten bis 1900 etwa gleich, wobei in Fünfhaus und Sechshaus bzw. Rudolfsheim die meisten Personen lebten. Die jüdischen Bewohner_innen der südwestlichen Vororte machten 1853 etwa 10% der jüdischen Gesamtbevölkerung Wiens aus, 1900 waren es nur 5,5%, 1910 wieder 6.5%. Während in Rudolfsheim-Fünfhaus die Anzahl der jüdischen Bewohner_innen bis 1938 weitgehend konstant blieb, in absoluten Zahlen zwischen 5.500 und 6.000 Menschen, nahm in Hietzing – einschließlich Penzing – die jüdische Bevölkerung im 20. Jahrhundert stark zu und erreichte bald das gleiche Niveau wie Rudolfsheim und Fünfhaus. Im XIII. Bezirk Hietzing betrug der Anteil der jüdischen Bewohner_innen 1910 2,7% und 1934 3,9%.

Das Bezirksgebiet des heutigen Penzing umfasste 1869 nur 12.397 Einwohner_innen. Durch den permanenten Zuzug von Menschen nach Wien und die angrenzenden Gemeinden verdoppelte sich die Bevölkerung bis zur Eingemeindung des Gebietes 1892; 1934 waren es 98.123 Personen. Von einer ungefähr gleichen Verteilung der jüdischen Bewohner_innen innerhalb des XIII. Bezirks Hietzing ausgehend, kann daher angenommen werden, dass im heutigen Bezirk Penzing zumindest 3.500 Jüdinnen und Juden lebten – allerdings ist das eine rein rechnerische Angabe, die nicht auf tatsächlichen Daten basiert.

In der jüdischen Vorstadtgemeinde Fünfhaus wurde bereits 1871/72 die dritte Synagoge Wiens, der Turnertempel in der Turnergasse 22 errichtet. Entsprechend seiner zunehmenden numerischen Stärke und vermutlich auch wegen des deutlich anderen sozialen Charakters Hietzings als Wohngegend des gehobenen Bürger_innentums, machte sich die Gemeinde Hietzing zunehmend unabhängig und erhielt 1928/30 ebenfalls eine eigene Synagoge (Eitelberggasse 22 / Neue-Welt-Gasse 7). Nachdem Hietzing, im Gegensatz zu den armen und extrem dicht besiedelten Arbeiter_innenbezirken Rudolfsheim und Fünfhaus, überwiegend ein teures Villenviertel war, kam diese Trennung einer sozialen Segregation nach, die schon lange für die jüdischen ebenso wie für die nichtjüdischen Bewohner_innen bestanden hatte. Dennoch behielten viele Vereine die alte Widmung ihrer Gültigkeit für die Bezirke XII-XV.

¹ Die Bezirke XII-XV beziehen sich auf die Bezirke vor 1938, 13-15 auf die Wiener Gemeindebezirke nach 1938, die mit ihren ungefähren Bezirksgrenzen bis heute existieren.

ORTE DES NATIONALSOZIALISTISCHEN TERROR- UND VERNICHTUNGSSYSTEMS IN PENZING

Obwohl unsere Recherchen zum 14. Bezirk Penzing nur wenige konkrete Ereignisse rund um das 9. Novemberpogrom 1938 ergeben haben, befinden sich in diesem Bezirk einige Orte, die im direkten Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungssystem stehen, von denen wir hier drei beispielhaft herausgreifen wollen.

Barackenlager Baumgarten



Hugo Breitner emigrierte 1936 nach Florenz und 1939 in die USA. Seine Villa, seine Liegenschaft und seine Wohnung in Wien 1, Schmerlingplatz 3/III/11 wurden am 11. Juni 1938 „arisiert“.

In der Linzer Straße 299–325 befindet sich der Hugo-Breitner Hof, einer der größten Gemeindebauten in Wien, der von 1947 bis 1956 errichtet und nach dem Sozialdemokraten Hugo Breitner benannt wurde¹. Der Hugo-Breitner Hof hat seine eigene Homepage, wird in der Bezirksgeschichte und der des sozialen Wohnbaus immer wieder erwähnt und als das erste große Bauvorhaben der Gemeinde Wien nach dem Zweiten Weltkrieg gepriesen. Der Planungsbeginn des Projektes startete 1947, das Bauvorhaben selbst beruhte auf Plänen aus dem Jahr 1939. Versucht mensch mehr über die Geschichte dieses Ortes zwischen 1938–1945 herauszufinden, wird die hier bestehende Lücke deutlich.

Das Gelände auf dem heute der Hugo-Breitner Hof steht, war bis

ins 19. Jahrhundert unverbaut und erst nach Beginn des Ersten Weltkrieges, als es für die Spitäler immer schwieriger wurde, die stetig ansteigende Anzahl an Verwundeten aufzunehmen, wurde 1917 auch auf dem Areal des damals so genannten Herrschaftsfeldes ein Lazarett mit 40 Holzbaracken als „k. u. k. Kriegsspital III Baumgarten“ errichtet. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie boten die inzwischen immer mehr abgewohnten Baracken ein Notquartier für Flüchtlinge und Delogierte – das berühmte „Baumgartner Barackenlager“. Die Menschen lebten hier unter extremen Bedingungen. Aufgrund der zunehmenden Baufälligkeit der Baracken und der prekären Lebensumstände für die Menschen sollte anstelle des Barackenlagers ein Wohnprojekt entstehen – dazu kam es aber vorerst nicht.

Nach dem „Anschluss“ am 12. März 1938 setzten gleichzeitig wilde „Arisierungen“ und die organisierte Plünderung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung ein. In der Nacht vom 13. auf den 14. März 1938 und an den folgenden Tagen drangen SS, SA, Polizei und Gendarmerie in Hunderte von jüdischen Wohnungen ein, um alle erdenklichen Wertgegenstände zu rauben und selbsternannte „Arisierer_innen“ rissen sich um jüdische Geschäfte und Unternehmen, um Großkaufhäuser und kleine Läden und Wohnungen.

In Wien waren die ersten, die von den „Wohnungsarisierungen“ großflächig und organisiert betroffen waren, die jüdischen Mieter_innen von Gemeindewohnungen. Diese Maßnahme schien am geeignetsten, um schnell zu freien Wohneinheiten zu kommen, vor allem in Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Gemeinde Wien der größte Hausbesitzer Wiens war und daher die bürokratischen Strukturen für eine „Arisierungsaktion“ dieses Ausmaßes bereits bestanden. Sofern die Gemeindebauten vor 1917 erbaut worden waren, galt – wie für Mieter_innen in Privathäusern – für die Bewohner_innen der Kündigungsschutz. Nur die Wohnungen, die zwischen 1917 und 1938 gebaut worden waren – also der überwiegende Teil – unterlagen nicht den Kündigungsbeschränkungen des Mietengesetzes. Daher konnten die Mieter_innen ohne Angabe von Gründen mit einer zweiwöchigen Frist gekündigt werden – als einheitliches Kündigungsdatum wurde der 31. Juli 1938 festgesetzt.

Die mit den „Wohnungsarisierungen“ verbundenen Delogierungen bedeuteten logischerweise ein großes soziales Problem. Die Spur des Holocausts führt nicht direkt von den Wohnungskündigungen zu den Vernichtungslagern, sondern über Umwege. Den gekündigten Mieter_innen musste zunächst eine Alternative zur Verfügung gestellt werden, eine provisorische Bleibe. Jüdinnen und Juden wurden entweder in Sammelwohnungen zusammengepfertcht oder in Barackenlager umgesiedelt – im Gegenzug bekamen die ehemaligen „arischen“ Barackenbewohner_innen jüdische Gemeindewohnungen. Nachdem viele Gekündigte nicht wussten, wohin sie mangels Geld und Verbindungen ziehen sollten, erschienen ihnen die Barackenwohnungen als letzter Ausweg, zumindest über die kalten Wintermonate ein Dach über dem Kopf zu haben. Die Schwierigkeiten, die prekäre Situation

in den Barackenlagern zu meistern, geht aus den wöchentlichen Berichten der Israelitischen Kultusgemeinde hervor, die immer wieder darauf hinwies, dass in Wien viele Jüdinnen und Juden in Räumlichkeiten ohne Heizmöglichkeit untergebracht waren.

Genau da, wo sich heute einer der größten Sozialbauten, der Hugo-Breitner Hof befindet, war eines dieser Barackenlager, in dem Jüdinnen und Juden, die zum Teil aus Gemeindebauten delogiert wurden, untergebracht wurden. Für eine Zinsrückstandsliste der Barackenbewohner in der Linzerstraße – Barackenlager Baumgarten – erhob der Wiener Gaupropagandaleiter der NSDAP im Mai 1938 politische, soziale und gesundheitliche Daten der betroffenen Mieter_innen – darunter befinden sich die jüdischen Familien Cohn, Zochi und Eibschütz. Im November 1943 meldete der für das Barackenlager Hasenleiten in Simmering zuständige Hausinspektor Kreci seiner Dienststelle: „Jüdische Mieter gibt es keine mehr im Barackenlager.“ Das gleiche kann auch für das Barackenlager Baumgarten angenommen werden.

¹ Nach dem sozialdemokratischen Finanzstadtrat Hugo Breitner benannt. Hugo Breitner wurde 1934 durch das austrofaschistische Regime verhaftet und emigrierte 1936 nach Florenz und 1939 in die USA. Seine Villa, seine Liegenschaft und seine Wohnung in Wien 1, Schmerlingplatz 3/III/11 wurden am 11. Juni 1938 „arisiert“.

Am Spiegelgrund

Auf dem Gelände des psychiatrischen Krankenhauses Am Steinhof befand sich die „städtische Jugendfürsorgeanstalt ‚Am Spiegelgrund‘“, die im Jahr 1940 eingerichtet und zur zweitgrößten „Kinderfachabteilung“ des ‚Deutschen Reiches‘ wurde. „Am Spiegelgrund“ wurden sowohl kranke, behinderte und vermeintlich erblich belastete Kinder und Jugendliche zu Opfern der im Rahmen der NS-Eugenik durchgeführten Kindereuthanasie, als auch Fürsorgekinder mit drakonischen Maßnahmen in einer an Straflager erinnernden Anstalt zwangsweise angehalten.

Der „Spiegelgrund“ konnte auf dem Gelände des Psychiatrischen Krankenhauses am Steinhof viele Pavillons beziehen, die durch die Deportation von mehreren tausend Patienten zur Ermordung nach Hartheim frei geworden waren. Nach dem offiziellen Stopp der „Aktion T4“ im Jahr 1941 wurde die „Euthanasie“ anstattsin- tern fortgesetzt. Das Massensterben der Patient_innen wird durch Überbelegung, pflegerische Vernachlässigung, Personalreduktion, Medikamenteneinsparung, Nahrungsmittelentzug sowie durch die Begünstigung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten verursacht. Für den Zeitraum 1940-1945 sind im Totenbuch der „Kinderfachabteilung“ 789 Namen verzeichnet. Im Zuge der „Kindereuthanasie“ wurden klinische Versuche, diagnostische Experimente und anatomische Forschungen durchgeführt. So mancher wissenschaftlichen Karriere in der Zweiten



Republik dienten die Präparate der ermordeten Opfer bis in die 1980er Jahre als Basis für Forschungszwecke – in der Prosektur lagerten 400 Hirne von ermordeten Kindern.

Wie hinlänglich bekannt, war der Euthanasiearzt Dr. Heinrich Gross – Jahrgang 1915 und seit 1932 in der NS-Bewegung aktiv – ab 1940 am „Spiegelgrund“ tätig, und gehörte zu den Ärzt_innen, die über den Tötungsauftrag hinaus die Situation zu „wissenschaftlichen“ Zwecken ausnützten. Er besorgte sich mehrere hundert Gehirne von am „Spiegelgrund“ und „Steinhof“ verstorbenen oder getöteten Patienten, die er ab den fünfziger Jahren in Zusammenarbeit mit dem Universitätsinstitut für Neurologie und dem 1968 eigens gegründeten Ludwig Boltzmann-Institut zur Erforschung der Missbildungen des Nervensystems, dessen Leitung ihm anvertraut wurde, wissenschaftlich ausschachten konnte. Dr. Heinrich Gross, der sich als Kinderarzt 1944 der Ermordung behinderter Kinder schuldig machte, entging einer Verurteilung und stieg zum meistbeschäftigten Gerichtsgutachter Österreichs auf.

Obwohl gegen Dr. Heinrich Gross in den späten 1990er Jahren ein Strafverfahren wegen des Verbrechens des Mordes eingeleitet wurde und die Staatsanwaltschaft

Klage gegen ihn erhob, wurde das Verfahren – da Gross aus gesundheitlichen Gründen als nicht verhandlungsfähig galt – im Jahr 2000 eingestellt. Dr. Heinrich Gross verstarb 2005 im Alter von 90 Jahren. Die strafrechtliche Verfolgung seiner Verbrechen ist damit endgültig gescheitert.

Die Bestattung der sterblichen Überreste von Opfern der NS-„Kindereuthanasie“ am „Spiegelgrund“ fand erst am 28. April 2002 am Wiener Zentralfriedhof statt. Und weitere Spiegelgrund-Präparate sowie sterbliche Überreste von Opfern der „dezentralen Euthanasie“ wurden im Mai 2012 bestattet.

Das DÖW hat eine virtuelle Ausstellung zu den NS-Medizinverbrechen am „Spiegelgrund“ – Der Krieg gegen die „Minderwertigen“. Zur Geschichte der NS Medizin in Wien – und auch einen Gedenkraum im Pavillon V-Gebäude des Otto Wagner-Spitals gestaltet.

gedenkstaettesteinhof.at



Die SS-Kaserne am Fasangarten in Schönbrunn

von Christian Rabl

„Das Kasernengebäude gehört zu den monumentalsten und für den Geist des Nationalsozialismus wohl charakteristischsten seiner Art [...]“¹

Die Fasangartenkaserne in Wien-Schönbrunn, seit Mai 1967 als Maria-Theresien-Kaserne bekannt, befindet sich „Am Fasangarten“ im 13. Bezirk in Hietzing. Von den dort stationierten Bundesheerangehörigen wird sie gerne liebevoll „Maresi“ genannt und beherbergt derzeit die Garde sowie das Kommando der Militärstreife und –polizei des österreichischen Bundesheeres. Vor Ort weist bis heute nichts darauf hin, dass dieser Komplex während der NS-Zeit eines der größten Machtzentren des nationalsozialistischen Regimes und insbesondere der Schutzstaffel in Wien darstellte. Das Objekt welches noch während der Zeit des Austrofaschismus geplant wurde und dessen Bau vermutlich noch vor dem „Anschluss“ Österreichs

an Hitler-Deutschland begonnen wurde, symbolisiert „die geistige Vorbereitung und die unbeabsichtigte, aber nützliche Vorarbeit für den Anschluß“.² Die Pläne für die Kaserne gehen auf die Zeit des Austrofaschismus zurück, als der Architekt Robert Kramreiter einen als „Dollfuß-Führerschule“ vorgesehenen Gebäudekomplex entwarf. Die SS änderte die vorhandenen Pläne allerdings stark ab und verwandelte das ursprüngliche Modell mit „südländischer Grazie“ in ein – der Gesinnung des NS-Regimes wohl viel eher entsprechendes – „nordisch, preußisches Schloss“.³

Aus der geplanten „Dollfuß-Führerschule“ wurde mit Fortdauer des NS-Regimes ein Gebäudekomplex, der kontinuierlich immer weitere Institutionen der Waffen-SS aufgenommen hat. Die Fasangartenkaserne beherbergte nicht nur bis Oktober 1941 die Wiener SS-Standortkommandantur sondern überdies die auch die sogenannte „Kraftfahrtechnische Lehranstalt der Waffen-SS“ (KTL), eine „SS-Kraftfahrerschule“, und die „volksdeutsche Mittelstelle“ (VoMi). Viele tausend SS-Angehörige waren in dieser Kaserne stationiert oder absolvierten hier eine Aus- oder Weiterbildung. Letztlich kam diesem Ort in der letzten Kriegsphase sogar eine Schlüsselfunktion im Rahmen der irrwitzigen Wunderwaffen-Pläne des NS-Regimes zu: Einerseits durch einen Auftrag an den selbsternannten „Naturforscher“ Viktor Schauberger⁴ zur Entwicklung einer neuartigen „naturnormierten“ Antriebs-technologie namens „Repulsine“, die den Kriegsverlauf noch zu Gunsten der Nationalsozialisten hätte entscheiden sollen, und andererseits durch die Entwicklung neuartiger Panzermodelle, die im Sommer 1944 die Errichtung einer dezentralen Dependence der „Kraftfahrtechnischen Lehranstalt der Waffen-SS“ im niederösterreichischen St. Aegydy am Neuwalde zur Folge hatte. Sowohl in St. Aegydy, wo in der sogenannten „Kraftfahrtechnischen Versuchsanstalt“ (KVA) zumindest 46 Häftlinge den Tod fanden, als auch in Wien-Schönbrunn entstanden Außenlager, die vom Hauptlager Mauthausen mit Häftlingen für die notwendige Zwangsarbeit aber auch mit Bewachungspersonal besetzt wurden.⁵

Die ganze Bedeutung des Gebäudekomplexes für die Waffen-SS und die Vielschichtigkeit der Verwendung kann hier nur angedeutet werden, da die Geschichte der Kaserne bislang noch nicht im Detail erforscht wurde.⁶ Definitiv belegt ist, dass in der Kaserne für einige Zeit die SS-Standortkommandantur stationiert war, die jedoch per 8. Oktober 1941 in den 1. Bezirk in die Operngasse übersiedelte.⁷ Im selben Jahr wurde die „Kraftfahrtechnische Lehranstalt der Waffen-SS“ (KTL) in Wien-Schönbrunn aufgestellt, deren Aufgabe es war, „Aus- und Weiterbildung des gesamten kraftfahrtechnischen Personals (Führer, Unterführer und Männer)“⁸ durchzuführen. Einige Monate später wurde „zur Durchführung der vormilitärischen kraftfahrtechnischen Ausbildung“ in der SS-Kaserne in Schönbrunn im Westblock eine SS-Kraftfahrerschule einquartiert.⁹

Während die KTL Wien zunächst vor allem für die Durchführung unterschiedlichster Kfz-spezifischer Lehrgänge für SS-Angehörige zuständig war, erweiterte sich

ihr Aufgabenbereich Mitte 1944 entscheidend. Vermutlich weil sich in Wien zahlreiche Experten in Sachen Kraftfahrzeugstechnologie befanden, wurde die KTL im Juli 1944 vom SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt beauftragt, eine Entwicklungsstätte für die Übertragung der Turbotriebwerks-Technologie von der Luftfahrt auf Panzer aufzubauen. Infolgedessen wurde in Wien-Schönbrunn unter dem Decknamen „Alfred“ die „Gruppe Versuchsbau der Waffen-SS“ ins Leben gerufen und nahm die Entwicklungsarbeit auf. Gleichzeitig trat die KTL Wien aber auch in St. Aegydt am Neuwalde in Erscheinung und ließ dort mit Hilfe von KZ-Häftlingen aus Mauthausen die „Kraftfahrtechnische Versuchsanstalt der Waffen-SS“ errichten.

Ob sich die „Gruppe Versuchsbau der Waffen-SS“ in Wien ausschließlich der Triebwerks-Forschung widmete oder sich auch an anderen Projekten beteiligte, ist noch nicht geklärt. Gesichert ist hingegen, dass Viktor Schaubberger ab 27. September 1944 mit mehreren KZ-Häftlingen¹⁰ ebenfalls in den Räumlichkeiten der „Gruppe Versuchsbau“ seiner Forschung nachging. Der gelernte Förster Schaubberger betätigte sich als Naturbeobachter und Forscher und glaubte sich im Besitz einer revolutionären und „naturnormierten“ Antriebstechnologie, die er „Repulsine“ nannte. Zahlreiche Verschwörungstheoretiker und Esoteriker gehen bis heute davon aus, dass es sich bei dem von Schaubberger entwickelten Gerät um eine „fliegende Untertasse“ gehandelt habe, was vermutlich damit zusammenhängt, dass die „Repulsine“ optisch tatsächlich an ein „UFO“ erinnert.¹¹ Seinen Aufzeichnungen¹² zufolge wurde Schaubberger im Juli 1934 nach Berlin gerufen, wo er angeblich auf den Führer Adolf Hitler höchstpersönlich getroffen sein soll. Die Gespräche verliefen allerdings ergebnislos weshalb es noch weitere neun Jahre dauerte, ehe es 1943 doch noch zu einer Kooperation zwischen Schaubberger und der Waffen-SS kam. Zunächst bekam er im KZ Mauthausen vom dortigen Lagerkommandanten Franz Ziereis Räumlichkeiten, Maschinen und Häftlinge als Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, im September 1944 wurden schließlich fünf Häftlinge in die KTL Wien überstellt. Neben einem Statiker, einem Ingenieur und einem Detailkonstrukteur waren noch ein Maschinenschlosser und ein Dreher unter den Häftlingen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Außenlagern fanden die Häftlinge in Schönbrunn vergleichsweise gute Lebensbedingungen vor. Sie wurden während der Nächte eingeschlossen und arbeiteten tagsüber unter Schaubbergers Anleitung in den Werkstätten der Kaserne. Die Bewachung oblag einem einzelnen SS-Mann. Misshandlungen, Mangelernährung oder andere Übergriffe sind für den Standort Schönbrunn nicht überliefert.

Anfang 1945 nahmen die Verzögerungen aufgrund der ständigen Kriegshandlungen im Wiener Raum immer mehr zu, weshalb Viktor Schaubberger mit drei Häftlingen in das Sensenwerk Leonstein in Oberösterreich verlegt wurde, wo er bis Kriegsende weiter an seiner „Repulsine“ arbeitete. Die Fasangartenkaserne wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von 1945 bis 1955 von der britischen Besatzungsmacht verwendet und ist seit 1967 ein Standort des österreichischen

Bundesheeres.¹³ Seit einigen Jahren stehen Teile der Kaserne unter Denkmalschutz. Ab 2001 lief überdies ein Architekturwettbewerb, der für den Fall der Kasernenschließung Szenarien für eine Nachnutzung des Geländes entwickeln sollte.

- 1 Wehsmann, Helmut: Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs. Wien 1998, S. 1045.
- 2 Tábor, Jan: „... Und sie folgten ihm.“ In: Ganglmair, Siegwald (Red.): Wien 1938. Katalog zur vom DÖW realisierten Ausstellung. Österr. Bundesverlag, Wien 1988. (zitiert nach Wehsmann, S. 1045, Fußnote 46).
- 3 Wehsmann, Helmut: Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs. Wien 1998, S. 1034 bzw. 1045.
- 4 Zur Person Viktor Schaubberger vgl.: Lattacher, Siegbert: Viktor Schaubberger. Auf den Spuren des legendären Naturforschers. Steyr 1999.
- 5 Zur Geschichte des KZ-Außenlagers St. Aegydt am Neuwalde vgl.: Rabl, Christian: Das KZ-Außenlager St. Aegydt am Neuwalde. Mauthausen-Studien Band 6, Wien 2008.
- 6 Derzeit läuft ein Projekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Wiener KZ-Lager, an dem der Autor beteiligt ist. Im Zuge des Forschungsvorhabens wird auch die Geschichte des Außenlagers Schönbrunn sowie des Ortes selbst detailliert aufgearbeitet werden.
- 7 SS-Standort-Sonderbefehl vom 4.10.1941 (WStLa, BPD poliz. Erhebungen, Ordner 670, SS-Standortbefehle).
- 8 Befehl des SS-Führungshauptamtes vom 16.4.1941 (VHA Prag, SS-Kraftfahr Ers. Btl. 1941 Ia - 4kr.1).
- 9 Schreiben des SS-Führungshauptamtes vom 22.8.1941 (VHA Prag, Bestände SS-ärztliche Akademie Graz).
- 10 Zur Geschichte des Außenlagers Wien-Schönbrunn vgl. auch: Bertrand Perz: Wien-Schönbrunn. In: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006. S. 455-457.
- 11 Vgl. dazu die Zeitschrift die Zeit vom 29.3.2012: „Österreich. Wiege der Nazi-Ufos“ von Joachim Riedl.
- 12 Der Nachlass von Viktor Schaubberger befindet sich heute in der von ihm selbst begründeten „Pythagoras-Kepler-Schule“ in der PKS-Villa in Bad Ischl.
- 13 Wehsmann, Architektur, S. 1045.

WIDERSTAND: DIE „MISCHLINGSLIGA WIEN“

In der Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof (VGH) gegen dreizehn Angehörige der „Mischlingsliga Wien“ vom 5.6.1944 wird auch Dipl.-Kaufmann Adolf Hübner genannt, der im 14. Bezirk in der Zolagasse 22 wohnte. Hübner war damals 26 Jahre alt, verheiratet und galt in der NS-Terminologie als „Mischling ersten Grades“. In der Anklageschrift heißt es, er sei bis dahin „angeblich nicht bestraft“ gewesen. Über das weitere Schicksal Adolf Hübners konnten wir keine Informationen finden.

Zur Last gelegt wurde den Mitgliedern der „Mischlingsliga“ laut Anklageschrift „organisatorischer Verfassungshochverrat“ und „Feindbegünstigung“, genauer: die Gründung einer „geheimen, militärischen Organisation [...], deren Ziel es gewesen ist, mit Hilfe anderer illegaler Organisationen und der Feindmächte die Verfassung des Reiches zu stürzen“. Der Prozess gegen insgesamt 13 Angeklagte – darunter

zwei Frauen – ging vergleichsweise glimpflich aus, da der schwerwiegende Vorwurf der „Feindbegünstigung“ fallen gelassen wurde. Die verhängten Strafen betragen zwischen 6 Jahren Zuchthaus und einem Jahr Jugendgefängnis, einige wenige Angeklagte wurden sogar freigesprochen. Gelungen war dies, weil die Gruppe im Prozess geschickt das Ausmaß ihrer politischen Tätigkeit – u.a. Kontakte zu und Unterstützung der jugoslawischen Partisan_innen – herunterspielte und so tat, als habe sie nur unter Juden/Jüdinnen bzw. sogenannten „Mischlingen“ zu wirken versucht. In der Organisation waren Personen tätig, die im Weltbild des NS-Rassenwahns als „Mischlinge“ galten sowie sogenannte „Geltungsjuden“(1) – letztere wurden als „unwürdig“ befunden vor den Volksgerichtshof zu treten und wurden ohne Prozess in Konzentrationslager transportiert. Unter ihnen war auch Gertrude Horn (damals 19 Jahre alt), aus deren Erinnerungen, die folgenden Passagen stammen. Gertrude Horn hatte eine sechswöchige Gefängnisstrafe in der „Liesl“ (dem Polizeigefangenenhaus auf der Rossauer Lände) verbüßt, weil sie den Judenstern für einen Ausflug nach Schönbrunn samt Lokalbesuch abgelegt hatte.

„Ich hatte im Gefängnis ein Mädchen kennengelernt, das mich nach meiner Haft zu sich nach Hause einlud. Dort trafen sich ein paar junge Leute. Wir haben uns erst einmal ‘abgetastet’, wir waren ja alle ganz jung, niemand hatte politische Erfahrung. Nachdem wir uns einige Male getroffen hatten, ist mein späterer Mann [Anm.: Otto Horn] gekommen, um einen Vortrag zu halten. Seinem Vortrag konnte man entnehmen, daß es um den illegalen Kommunistischen Jugendverband ging und um eine eigene Organisation der ‘Mischlinge’, ‘Mischlingsliga Wien’. Uns war klar, daß man irgendwas gegen das Nazi-Regime tun muß, man konnte doch nicht nur warten, in der Zwischenzeit hatten ja schon die Deportationen nach Polen begonnen. Es wurden Menschen weggeschickt, die keine Möglichkeit gehabt hatten, sich zu wehren, also mußte man solche Organisationen aufbauen. Wir hatten damals noch viele jüdische Jugendliche bei uns, die wir geschult haben, einige waren sogar beim Warschauer Aufstand dabei. Wir wollten nicht einfach abwarten, was mit uns geschieht. Die ‘Mischlingsliga’ war im /illegalen/ Kommunistischen Jugendverband integriert, das wußten wir als Funktionäre, allen hat man das nicht gleich erzählt. Es waren aber auch sehr viele bürgerliche Jugendliche dabei, es gab sonst keine andere Organisation. Die ‘Mischlingsliga’ wurde von einem unserer Leute, der verhaftet wurde, verraten, und man hat sechzehn oder siebzehn Leute gleichzeitig am 29. Februar 1944 verhaftet. Wir trafen uns einmal in der Woche in einer Wohnung, der Kern der Gruppe traf sich öfter. Unsere Eltern wußten nichts von unserer Arbeit, sie wußten nur, daß da Kontakte zwischen jungen Leuten bestanden. Wir stellten Flugblätter her und verteilten sie, wir schrieben Losungen auf Wände. Die Flugblätter haben wir an Wohnungstüren gesteckt. Wir machten das in der Nacht und hauptsächlich im 2. Bezirk, denn hier wohnten die meisten Juden. [...]
Alle hatten Angst, nur Dumme haben keine Angst. Aber wenn man jung ist, ist man zu solchen Aktivitäten entschlossen. Außerdem arbeitete die ‘Mischlingsliga’ zu einer Zeit, als der Krieg schon fortgeschritten war, und die Chancen zu überleben waren so gering für alle, daß man wenig zu verlieren hatte. [...]

Die ‘Mischlingsliga’ hatte auch Verbindungen nach Jugoslawien. Es gab in Wien jugoslawische Arbeiter, die hier freiwillig um Arbeit angesucht hatten, und solche, die man zur Zwangsarbeit geholt hatte. Die Zwangsarbeiter bekamen von uns Papiere als ‘freiwillige Arbeiter’, und wir schickten sie zu den /jugoslawischen/ Partisanen. Der Verräter hat auch das gewußt. Wir wurden alle gleichzeitig an einem Tag – am 29. Februar 1944 – verhaftet, und ich muß sagen, wir wußten darüber Bescheid. Wir hatten auch zur Gestapo Verbindung, und wir wußten, daß wir verhaftet werden. Wir kannten bei der Gestapo eine Sekretärin, über die wir von unseren bevorstehenden Verhaftungen erfahren hatten, ohne derartige Verbindungen konnte man ja nicht illegal arbeiten. Wir überlegten nach Jugoslawien zu gehen. Das war aber nicht möglich, weil wir ja nicht wußten, wer der Verräter war, und womöglich hätten wir ihn mitgenommen. Uns blieb gar nichts anderes übrig, als hierzubleiben und zu warten, bis wir verhaftet wurden. [...]

Das Judenreferat der Gestapo führte die Untersuchungen gegen uns, weil sie sich offenbar erhofften, auch einmal einen großen politischen Fall vorlegen zu können. [...] Wir wurden abwechselnd zu den Verhören geholt. Bei den Verhören konnten wir nicht alles abstreiten, wir haben unsere Tätigkeit aber verharmlost. Die Mädchen unserer Gruppe, bürgerliche Mädchen sagten: ‘Ja, wir waren eine Gruppe, eine Mischlingsgruppe. Wir dürfen ja nirgendwo hingehen, wir haben uns getroffen und unterhalten, haben Ausflüge gemacht, und wir haben Geld gesammelt; da haben wir einen Hut hingelegt, jeder hat hineingegeben, was er gehabt hat, und dann haben wir uns gemeinsam etwas gekauft.’ Das nahmen uns die Gestapo-Leute natürlich nicht ab.“

Gertrude Horn wurde als „Geltungsjüdin“ zunächst nach Auschwitz, dann weiter nach Ravensbrück deportiert. Sie kehrte am 1. August 1945 nach Wien zurück und heiratete bald Otto Horn, der nach seiner Verurteilung gemeinsam mit Otto Andreasch, einem weiteren Mitangeklagten, zu einer Strafeinheit gekommen war, die Entschärfungs- und Minenaufräumarbeiten durchführte. Andreasch überlebte den Krieg nicht. Otto Horn erinnerte sich später an seinen Weg vom katholischen zum kommunistischen Widerstand, wo er zunächst gemeinsam mit Andreasch versuchte die „Sonderabteilung NN“ – NN stand für „nach Nürnberger Gesetz“ – als Organisation junger Juden und Jüdinnen aufzubauen:

„Die Organisation umfasste immer ungefähr 200 bis 250 Mitglieder. Ich sage immer, weil ein sehr großer Wechsel der Mitglieder stattfand, denn damals begannen schon die Deportationen, und die Juden wurden nach einem festen Plan mit Zügen in die Vernichtungslager bzw. in die Ghettos transportiert. Auch die meisten unserer Mitglieder wurden deportiert. Wir konnten nichts anderes tun, als ihren Widerstandsgeist zu stärken, und wir haben später gehört, daß einige auch Widerstand leisteten. Wir waren damals im Besitz von zwei Pistolen. Eine dieser Pistolen haben wir zurückbehalten, aber die andere gaben wir einer Gruppe von unseren jungen Leuten mit, die auf Transport in Vernichtungslager gingen. Das waren alles Funktionäre unserer Organisation, also ausgewählte, erstklassig geschulte junge Menschen. Wir haben dann später – wir hatten Verbindungen bis in die Vernichtungsla-

ger – erfahren, daß diese Gruppe am Warschauer Ghettoaufstand beteiligt war. [...] Wir wußten, daß es Vernichtungslager gab, in denen die Leute selektiert und ins Gas getrieben werden. Ich meine, das war damals sicher nicht jedem Österreicher bekannt, und ich bin überzeugt, daß jene Leute, die sagen, sie hätten nichts gewußt, nicht lügen. Aber daß man gar nichts davon gemerkt oder geahnt hätte, das glaube ich nicht. [...]

Im Jahr 1943, als wir schon sehr ausgeblutet waren und vielleicht drei Viertel unserer Mitglieder durch die Transporte verloren hatten, sahen wir, daß unser Auftrag nur für die 'Mischlinge' gelten kann, weil sie nicht deportiert wurden. Wir entschlossen uns, eine solche spezielle 'Mischlingsorganisation' zu gründen. Es sind natürlich jene Juden oder 'Geltungsjuden', die noch hier waren, in der Organisation geblieben. Aber wir benannten unsere Organisation in 'Mischlingsliga Wien' um, gaben ihr eigene Statuten und nahmen Kurs darauf, uns als die Organisation der 'Mischlinge' zu fühlen. [...] Um einen Deckmantel zu haben, wollten wir unsere Organisation gleichzeitig auch als kulturellen Verein der 'Mischlinge' anmelden. [...] Dazu ist es nie gekommen.“

Otto Horn erinnert sich an verschiedene gelungene Sabotageaktionen der „Mischlingsliga“, u.a. in der Rüstungsproduktion oder durch Anschläge auf Verkehrswege. 1943 gelang es auch Kontakt zu den jugoslawischen Partisan_innen herzustellen und die Liga schickte in der Folge Material – vor allem medizinische Güter, aber auch einen selbstgebauten Sender zu den Partisan_innen.

Die Verhaftungen 1944 bedeuteten das Ende der Aktivitäten der „Mischlingsliga“, da beinahe der gesamte Stab festgenommen worden war und den zurückgebliebenen Mitgliedern die Verbindungen untereinander fehlten. Ein nicht-verhaftetes Mitglied der Führung versuchte nach Jugoslawien zu fahren um dort über die Vorfälle Bescheid zu geben – danach sollten nach einem vorbereiteten Plan, die restlichen Mitglieder aus dem Gefängnis befreit werden. Dazu kam es allerdings nicht, da zufällig zur selben Zeit die Verbindung in Maribor aufflog und das die Rückkehr nach Österreich verunmöglichte. Der Verbindungsmann fiel schließlich bei einem Partisan_inneneinsatz.

Die „Mischlingsliga Wien“ ist ein wichtiges Beispiel für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus von Seiten antisemitisch Verfolgter (von denen sich viele zuvor nicht als jüdisch identifiziert hätten). Diese verhältnismäßig wenig bekannte Geschichte zu erzählen, scheint uns daher sehr wichtig.

Quellen:

- DÖW (Hg.) (1992). Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 3: Jüdische Schicksale. Wien: ÖBV
- DÖW (Hg.) (1984). Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation. Band 3. Wien: ÖBV, 348ff

Fußnote:

1 „Geltungsjuden“ war eine gebräuchliche Begrifflichkeit um Menschen zu bezeichnen, die nach der nationalsozialistischen Rassentheorie als „Mischlinge“ gegolten hätten, jedoch auf Grund bestimmter sozialer oder familiärer Merkmale oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kultusgemeinde als „jüdisch“ betrachtet wurden.

2 ...DIE KUNST, STETS AUF DIE TRADITION ZU VERWEISEN UND ZUGLEICH VON DER GESCHICHTE NICHTS WISSEN ZU WOLLEN – DAS MAX REINHARDT SEMINAR

1928/29 wurde das „Schauspiel- und Regieseminar“ als staatliches Hochschulseminar gegründet. Ab 1931 wurde es als privates Seminar weitergeführt, das ständig mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Der Theatermann Max Reinhardt war der Leiter des Seminars und er hat es auch ganz wesentlich geprägt, doch war er meist weniger als drei Monate im Jahr anwesend. Es wurde ihm regelmäßig berichtet, wichtige Entscheidungen wurden mit ihm besprochen, doch die kontinuierliche Lehre leisteten andere, allen voran die Regisseure Emil Geyer (1872 Mähren - 1942 Mauthausen) und Paul Kalbeck (1884 Schlesien - 1949 Bern). Geyer setzte sich für die moderne Dramatik ein und prägte ganz wesentlich die Wiener Theaterszene der 20er- und 30er-Jahre und Kalbeck begründete die moderne Schauspielausbildung. Ein Schüler des ersten Jahrgangs war Hans Niederführ, der nach der zweijährigen Ausbildung als Faktotum am Seminar blieb, danach Seminarwart und dann Sekretär wurde.

1933 nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland verließ Max Reinhardt Deutschland, obwohl ihm von Joseph Goebbels die „Ehren-Arierschaft“ angeboten wurde. Er lebte nun in Wien, hielt sich aber vielfach auch in den USA auf. 1935 gab Reinhardt die Leitung des Theaters in der Josefstadt ab, 1937 emigrierte Max Reinhardt mit seiner Frau Helene Thimig in die USA, deren Staatsbürger er 1940 wurde.

Für die jüdischen AbsolventInnen gab es in Deutschland aufgrund der rassistischen Gesetze keine berufliche Perspektive mehr und der Bedarf an BühnenkünstlerInnen in Österreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei war bald gedeckt.

In Österreich bedrohte sie der christlichsoziale Antisemitismus in ihrer Existenz.

Niederführ hatte den Seminaristen Hans Czerny erfolgreich für das Amt des „Direktorstellvertreters“ der Österreichischen Länderbühne empfohlen. Der so untergebrachte Czerny schrieb ihm 1936 folgendes:

„Eine kleine Erkenntlichkeit möchte ich insoferne erweisen, als ich für das Seminar, welches ja auch Ihnen immer so sehr am Herzen liegt, nach Möglichkeit in puncto Schauspielerengagements etwas tun möchte. Ich stelle Ihnen, lieber Herr Doktor [...] gerne anheim, den engagementlosen Kollegen soweit Sie es für angebracht halten, einen Wink zu geben [...]. Zu Ihrer eigenen, privaten Information möchte ich nur erwähnen, dass nur kräftige, gut aussehende und 100%ig arisch aussehende Leute in Betracht kommen können. Dies liegt in der Natur der Sache, da wir draußen in der Provinz sehr exponiert sein werden und jeder einzelne bis zum letzten Bühnenarbeiter ein einnehmendes und für die ganze Institution gewinnendes Äussere [sic] haben muss.“ („Die vergessenen Jahre“, S.34)

Das Reinhardt-Seminar versuchte das Ansehen Max Reinhardts im katholischen Lager zu nützen. Einladungen zu Aufführungen bei Veranstaltungen zur Selbstrepräsentation des „Ständestaates“ wurden bereitwillig angenommen, man gab Max Mells „Apostelspiel“ und „Das deutsche Weihnachtsspiel“ und das Seminar nahm an Veranstaltungen der Vaterländischen Front teil. Die Kontakte liefen meist über den Sekretär Hans Niederführ, der von den Christlichsozialen als einer der ihren angesehen wurde. Abgesehen von einmaligen finanziellen Zuwendungen scheiterte dieser Versuch, mithilfe der Kulturorganisationen des „Ständestaates“ das Seminar auf eine solidere finanzielle Basis zu stellen.

Sofort nach dem „Anschluss“ erklärte sich Hans Niederführ, der seit 1933 Mitglied der NSDAP war, in einem Schreiben an das Unterrichtsministerium vom 16. März 1938 zum provisorischen Leiter des Seminars und schrieb in Erneuerung des noch im Februar 1938 gestellten Subventionsansuchens: „Zur weiteren Begründung und Unterstützung unseres Gesuches gestatten wir uns noch darauf hinzuweisen, daß sowohl den Referenten des Unterrichtsministeriums, wie den in Frage kommenden Stellen der Partei seit Jahren das erfolgreiche Bestreben der gegenwärtigen Seminarleitung bekannt ist, das Institut systematisch und stufenweise zu arisieren.“

Niederführ entließ zwölf Lehrkräfte, die meisten von ihnen jüdischer Herkunft, nachdem diese eine Erklärung abgegeben hatten, dass sie ihre Lehrtätigkeit freiwillig beenden würden:

Den Direktor Emil Geyer, die Rollenlehrer Paul Kalbeck, Ernst Lothar, Carl Meinhard, die SprechlehrerInnen Zdenko Kestranek, Leopold Hubermann, Gertrud Lasch, Robert Rosner, Margit von Tolnai, den Lehrer für musikalische Ausbildung Arthur Kleiner, den Lehrer für Geschichte der Regie und Dramaturgie Emil Lind sowie den Lehrer für Mikrophonsprechen Hans Nüchtern.



Mit Erlass vom 20. September 1938 wurde das Schauspiel- und Regieseminar verstaatlicht und in die Staatsakademie, die spätere Reichshochschule für Musik Wien eingegliedert. Hans Niederführ wurde nun definitiv zum hauptamtlichen Leiter bestellt.

Emil Geyer, der gleich in den Märztagen das Seminar verlassen musste, geriet rasch in eine materielle Notlage. Sein Vermögen steckte in der Firma seiner Familie Goldmann und Co. in Bruck an der Leitha und war durch die „Arisierung“ und Liquidation des Betriebes verloren und Niederführ befürwortete bei der Staatsakademie nicht einmal die Auszahlung ausstehender Gehälter an Emil Geyer. Bei der Tänzerin Grete Wiesenthal konnte Emil Geyer Lesungen und Vorträge halten, für die Eintrittsgeld genommen wurde, das ihm als Gage zukam. Carl Meinhard setzte sich in einem Brief vom August 1938 an Paul Egger, den Direktor des Neuen Deutschen Theaters in Prag, für Emil Geyer ein, der ihm geholfen hatte und der wie er tschechoslowakischer Staatsbürger war:

„Ich habe während der 10 Wochen Hitler in Wien viel Elend gesehen. Aber ganz nahe ging mir das Schicksal Emil Geyer's, den sein ‚Schreiber‘ Niederführ a tempo vom Stuhl vor die Thür (und sich selbst auf den Dir.Stuhl des ‚Reinhardt-Seminars‘) setzte!

Es gibt bekanntlich nicht viel Characture beim Theater. Ich glaube selbst, mit ziemlich weißer Weste abgegangen zu sein. Aber Emil Geyer ist nicht bloß ein Wunder an Character, der Mut von ihm, seine Aufopferung für Andere (noch während ‚Hitler‘) ist staunenswert. Alles hatte bei ihm Rat und

Hilfe und für alle hatte er offenes Ohr und – Brieftasche.

Nun hat er all sein Geld bei seinen 3 Brüdern in der Landwirtschaft investiert. Nicht bloß, daß man ihnen alles Geld wegnehmen will – alle drei Brüder sind seit Monaten eingesperrt (bis sie eben ‚freiwillig‘ Ja-sagen!)

E.G. ist C.S.R.-Bürger. Der Mann muß heraus! Sein Hoffen auf Geld in Wien, ist m.E. vergebens.

Lieber Egger, ich hätte wohl selbst bei Ihnen vorstellig zu werden. Aber das Elend dieses fanatischen Theatermenschen geht mir näher, als – meines!

Eine Einladung zu einem Regiegastspiel dürfte ihn aufwecken, denn auch seine Stärke werden die Herren in Wien zu brechen wissen. Seine Adresse ist: VII Siebensterngasse 31.

Bitte, schreiben Sie ihm – oder lassen Sie mich ihm eine gute Nachricht geben – bitte! – Recht schöne Grüße und beste Empfehlung ergehenst Ihr Meinhard.“

Obwohl Geyer eine Ausreisegenehmigung sowie ein Affidavit für die USA erhalten hatte und Tochter und Schwiegersohn bereits in den USA waren, konnte er sich zunächst nicht zur Ausreise entschließen. 1941 wurde Emil Geyer aus seiner Wohnung in der Siebensterngasse vertrieben und musste in eine enge Wohnstätte in der Krugerstraße 5 (1. Bezirk) übersiedeln. 1942 versuchte Geyer gemeinsam mit seiner Schwester Jeanette Herrmann und seinem Schwager Otto Herrmann nach Ungarn zu flüchten. Er wurde verhaftet, wegen „versuchter illegaler Auswanderung“ in Gestapo-Haft genommen, am 1. August 1942 in das Konzentrationslager Mauthausen deportiert und dort erschossen.

Beträchtlich ist auch die Zahl der SchülerInnen und AbsolventInnen des Reinhardt-Seminars, die von den NationalsozialistInnen verfolgt und ins Exil getrieben wurden. Einige Seminarangehörige, die nicht rechtzeitig emigrieren konnten, endeten in Vernichtungslagern. Das muss als ein wesentlicher Teil der Geschichte des Seminars begriffen werden, der seiner Erzählung noch harret.

Martin Esslin (Julius Pereszlenyi), der 1936 ins Seminar aufgenommen wurde, erinnert sich:

Sommernachtstraum

1936 absolvierte ich die Matura mit Auszeichnung, damit konnte ich an die Universität gehen, um Anglistik und Philosophie zu studieren. Gleichzeitig wollte ich eine Theaterschule besuchen. Mein Vater meinte, am besten wäre das Reinhardt-Seminar. Es war sehr schwierig, dort aufgenommen zu werden. 200 Leute bewarben sich, doch sie nahmen nur zwanzig auf. [...]

Ich studierte also gleichzeitig an der Universität und am Reinhardt-Seminar. [...] Viele unserer Professoren waren Reinhardt-Schauspieler, die nach Wien gingen, weil sie in Deutschland nicht mehr arbeiten konnten, zum Beispiel Carl Meinhard von den Meinhard-Bemauer-Bühnen, einer großen Theater-

direktion in Berlin. Max Reinhardt hat ihnen in Wien eine Stellung gegeben. Die Regieschüler hatten Vorlesungen in Theatergeschichte bei dem berühmten Joseph Gregor. Er war Vorstand der Theatersammlung der Österreichischen Nationalbibliothek und hat viele Bücher über die Weltgeschichte des Theaters veröffentlicht. Für Richard Strauss verfasste er zwei Libretti, nachdem Stefan Zweig emigrieren musste. Gregor war ein sehr gelehrter Mann, allerdings sehr charakterlos, nach der Besetzung Österreichs durch Hitler hat er fürchterliche Sachen geschrieben.

[...]

Von 1933 an wusste man, dass wir sozusagen auf geborgte Zeit leben. Mein Vater hatte mir gesagt: „Das Einzige, was noch zu hoffen bleibt, ist, dass du dein Studium noch abschließen kannst, bevor alles zugrunde geht.“

Im zweiten Jahrgang hatten die Regieschüler – es gab immer nur drei oder vier Regieschüler in einem Jahrgang – im Schlosstheater Schönbrunn eine richtige Aufführung zu inszenieren.

Ich habe den „Sommernachtstraum“ von Shakespeare gemacht [...]

Am 11. März 1938 trat plötzlich die österreichische Regierung zurück, und es hieß, die deutschen Truppen kommen über die Grenze. Am 12. März waren sie in Linz, am 13. in Wien. Ich hatte Probe für den „Sommernachtstraum“ im Schönbrunner Schlosstheater. Es fuhr keine Straßenbahn, daher musste ich stundenlang durch Wien wandern, um zur Probe zu kommen. An dem Tag, an dem Hitler am Heldenplatz gesprochen hat, waren die Straßen voll von Leuten. Ich bin hinten vorbeigegangen, weil ich die Menschenmenge meiden wollte. Außerdem war es gefährlich. Bundeskanzler Kurt Schuschnigg hatte kurz vor dem Einmarsch der Deutschen eine Volksabstimmung proklamiert. Da wurden auf die Straßen mit Kalk Schlagworte geschrieben: „Österreich wird sich verteidigen.“ und dergleichen. Die Nazis sagten: „Das haben die Juden geschrieben.“ Und zwangen Juden, die Straßen zu waschen. Das waren fürchterliche Szenen, die ich gesehen habe. Ich sah nicht jüdisch aus und bin einfach vorbei gegangen. Sie aber haben Juden im Kaftan genommen, alte Leute, die jüdisch aussahen – die Bevölkerung hat gelacht und fand das fürchterlich komisch. Einer meiner Kollegen aus dem Seminar, ein Schweizer sagte: „Das habe ich nicht gewusst. Das ist ja schrecklich, wie diese Leute sich benehmen.“ Ich habe mir damals schon gedacht, da bleibe ich nicht.

Ich habe mich nicht als Jude gefühlt. Kein Mensch hat mich je für einen Juden gehalten. Ich war evangelisch, denn mein Vater hatte immer Angst gehabt vor Antisemitismus und mich taufen lassen, um mich zu schützen. Ich habe sehr bedauert, dass ich nicht im jüdischen Religionsunterricht war und dadurch nicht Hebräisch gelernt habe, denn ich habe mich immer sehr für Sprachen interessiert. Einer meiner Kollegen, ein gut aussehender Junge, blond, groß, schönes Gesicht, also ein richtiger junger Held, hatte sich mir angeschlossen. Wir waren große Freunde, ich habe mit ihm verschiedene Rollen studiert. Wenige Tage nach dem Einmarsch kam er in SA-Uniform,

er war illegaler Nazi gewesen. Ich sagte: „Willi, das tut mir furchtbar Leid, es ist mit unserer Freundschaft zu Ende.“ - „Aber, warum denn?“ - Ich antwortete: „Na, du willst mich umbringen. Hör dir an, was die Leute singen: Wenns Judenblut vom Messer spritzt, ist's wunderbar.“ Er fragte: „Bist a Jud?“ Ich sagte: „Nach deiner Ideologie bin ich es.“ Da war er vollkommen zerstört. Ich habe noch Briefe von ihm bekommen, als ich schon in Brüssel war: „Das habe ich nicht gewusst. Das ist schrecklich.“ Dieser Bursche ist dann in Russland verwundet worden und war ‚verkrüppelt‘. Ich weiß nicht, was aus ihm geworden ist, eine fürchterliche Geschichte.

Am Reinhardt-Seminar sollte ich also als Abschlussprüfung meine Inszenierung vom „Sommernachtstraum“ machen. Nach dem Einmarsch der Deutschen war es fraglich, ob das noch möglich sei. Das Seminar wurde administrativ von einem Mann geleitet, der Dr. Hans Niederführ hieß. Er war ein gut aussehender Mann, aber er hatte ein steifes Bein. Als Reinhardt das Seminar im Jahr 1929 eröffnete, wollte er ihn nicht aufnehmen, aber Niederführ war so begeistert von Reinhardt, dass dieser ihn doch genommen hat. Am Ende des zweiten Jahres bekam er jedoch kein Engagement. Daher hat Reinhardt ihm angeboten, als Faktotum am Seminar zu arbeiten. Im Sommer 1937 war Niederführ mit uns in Salzburg. Unzählige Abende waren wir im Peterskeller über dem Lacrimae Christi-Wein gesessen und Niederführ hatte erzählt, was er Reinhardt alles verdankt. Und siehe da, Hitler kam nach Österreich und am nächsten Tag erschien Niederführ im Seminar mit Parteiabzeichen und war der kommissarische Leiter geworden. Er meinte, dass wir den „Sommernachtstraum“ noch machen müssen, denn den können wir nicht plötzlich aufgeben. Um das sozusagen zu ‚arisieren‘, haben sie das Mädchen, das meine Assistentin war, auf den Programmzettel geschrieben, damit sie sagen konnten, es ist auch jemand ‚arischer‘ dabei. Komischerweise hat sich dann herausgestellt, dass sie auch nicht ‚arisch‘ war. So wurde also der „Sommernachtstraum“ zwei, drei Mal gespielt und auch in den Zeitungen besprochen, ich habe noch die Kritiken.

Der Direktor des Reinhardt-Seminars, Emil Geyer, ein wunderbarer Mann, war mir sehr gewogen, weil ich für ihn ganz interessante Bearbeitungen für Aufführungen am Seminar gemacht habe. Emil Geyer schrieb mir noch, fast als seine letzte Amtshandlung und ohne Niederführ etwas zu sagen, ein Zeugnis auf dem Briefpapier des Seminars. „Ich bestätige, dass Herr Soundso das Seminar als Regieschüler mit großem Erfolg abgeschlossen hat und ein völlig ausgebildeter professioneller Regisseur ist. Gezeichnet: Emil Geyer“. Damit konnte ich in die Welt hinausgehen und etwas vorweisen. Emil Geyer wollte später nach Ungarn fliehen, weil er Jude war, wurde bei der Grenzüberschreitung verhaftet und im Konzentrationslager Mauthausen erschossen.

Durch eine Serie von unerwarteten Glücksfällen bin ich aus Österreich herausgekommen. Ich sage immer, wenn jemand in einen Ameisenhaufen tritt, dann gehen viele Ameisen zugrunde, aber jene, die an der Seite des Fußes sind, sagen, sie sind gerettet worden. Nicht, dass man ein Wunder ge-

braucht hat, um gerettet zu werden, aber für die Leute, die überlebt haben, war es eine wunderbare Sache, dass sie noch einmal davon gekommen sind. Im Winter 1937/38, Dezember oder Jänner, ging ich zwischen Universität und Seminar in der Stadt umher und sah mir die Buchhandlungen und Schaufenster an. Da traf ich einen Kollegen vom Seminar, ein sehr netter Junge, der ein ‚komisches Gesicht‘ hatte, er war der geborene Komiker und hieß Rudolf Simmerle. Er sagte zu mir: „Ich gehe zu einem Vorsprechen, die wollen junge Leute für einen Film. Komm doch mit, du hast ja nichts zu tun.“ Das einzige, was ich wirklich studiert hatte, war der Tschebutykin, ein alter Mann, der Arzt in den „Drei Schwestern“ von Tschechow. Dennoch bin ich in die Kammerspiele mitgegangen, dort war der sehr berühmte deutsche Regisseur Hans Behrendt. Behrendt, der auch nicht ganz ‚arisch‘ war, plante eine österreichisch-belgische Koproduktion. Ich sprach diese Szene mit dem alten Mann, der weint, vor und weil ich gut geweint hatte, bekam ich eine Rolle. Ich hatte einen Vertrag und sollte am soundsovielten April 1938 in Brüssel zu einer Aufnahme erscheinen. Mit diesem Vertrag war es jetzt leichter, ein Visum zu erhalten, denn ich musste sozusagen geschäftlich nach Brüssel und war kein Emigrant.

Es war schwierig, aus Österreich hinaus zu kommen, und es war nur erlaubt, zehn Mark mitzunehmen. Ein Onkel von mir, ein ungarischer Ex-Minister, war 1934, als die Sozialdemokraten illegal geworden waren, aus Österreich nach Brüssel emigriert. Er hatte einen kleinen Job als Archivar beim Hauptsitz der Zweiten Internationale. Zu ihm konnte ich täglich gehen und eine Mahlzeit bekommen, mittags oder abends. Als wir, die Schauspieler, in Brüssel zu der Adresse kamen, bei der wir uns für den Film melden sollten, teilte man uns mit: „Der Film ist ‚aufgeflogen‘, das war österreichisches Kapital und das gibt es jetzt nicht mehr.“ Wir haben uns dann zusammengesetzt und überlegt, was wir tun sollen, und dachten, wir können doch eine Gruppe bilden, die für Emigranten Kabarett macht...

Aus: Erinnerung. Beiträge zum 75. Jahrestag des Max Reinhardt Seminars. S.47-51. Die Erinnerungen von Martin Esslin basieren auf einem Interview, das Heike Tauch im April 2000 mit ihm geführt hat.

Max Reinhardt starb im Oktober 1943 in seinem New Yorker Hotel.

1945 erfolgte die Wiedereröffnung des Seminars als Teil der Akademie für Musik und darstellende Kunst. Es wurde als „Abteilung Schauspiel und Regie“ geführt – der Name „Max-Reinhardt-Seminar“ wurde beibehalten.

Der Mythos Max Reinhardt wurde von Ernst Lothar erfunden, der 1946 als amerikanischer Kulturoffizier nach Wien zurückgekehrt war und die Aufgabe hatte, ein positives Bild der amerikanischen Kultur und des American Way of Life zu vermitteln. Er ließ die Witwe Max Reinhardts, die Schauspielerin Helene Thimig (1889–1974), aus Amerika einfliegen und ihre Ankunft als österreichisches, nicht als amerikanisches Großereignis inszenieren: der Empfang am Salzburger Hauptbahnhof, „der wie die

Huldigung für eine Landesmutter war“, wurde vom Sender Rot-Weiß-Rot übertragen und von der alliierten Wochenschau gefilmt. 1948 wurde Helene Thimig als Leiterin dieses Seminars eingesetzt und ab 1950 war sie auch für die Programmierung des Kosmostheaters und des USIS Wandertheaters zuständig.

Niederführ, der nach 1945 zunächst Hausverbot erhalten hatte, wurde ihr 1951 als Assistent zur Seite gestellt und übernahm 1954 – nach politischer Persilwäsche – erneut die Leitung bis 1959. Fortan sollte er wieder seine Tätigkeit als Assistent von Max Reinhardt hervorkehren und von ihm schwärmen, wie viele andere, die ihn in der NS-Zeit abfällig beurteilt hatten und ihn nun unter Berufung auf seinen unpolitischen Humanismus als Bollwerk konservativer Kulturpolitik missbrauchten. Niederführ wurde 1957 auch noch mit der künstlerischen Leitung des „Theaters der Jugend“ betraut und sein 60. Geburtstag 1962 wurde in der Wiener Rathauskorrespondenz gebührend gewürdigt.

Als 1958 Achim Benning, der damals Schüler am Reinhardt-Seminar war, im Zuge einer Seminar-Arbeit über die Neue Wiener Bühne, die unter ihrem Direktor Emil Geyer von 1911 bis 1922 den modernsten Spielplan aller Wiener Theater hatte, im Archiv des Seminars recherchieren wollte, belehrte ihn Niederführ, dass im Seminar über Emil Geyer keine Unterlagen existierten, dass er für das Seminar nicht von Bedeutung gewesen sei und solche Recherchen bei einer Arbeit über die Neue Wiener Bühne überflüssig seien.

Im Rahmen einer Festwoche aus Anlass des 75-Jahr-Jubiläums des Max Reinhardt Seminars wurde am 16. Juni 2004 im Foyer des Schlosstheaters Schönbrunn eine Gedenktafel für die 1938 vertriebenen LehrerInnen der Schule enthüllt.

Und am 8. November 2012 wurde auf Initiative der Theaterwissenschaftlerin Hilde Haider-Pregler und des Theaters Spielraum am ehemaligen Wohnhaus des im Konzentrationslager Mauthausen ermordeten Regisseurs und Theaterdirektors Emil Geyer in der Siebensterngasse 31, 1070 Wien eine Gedenktafel angebracht.

Viele Informationen und Zitate in diesem Text entstammen der Broschüre:

Peter Roessler, Günther Einbrodt, Susanne Gföller (Hrsg.): Die vergessenen Jahre. Zum 75. Jahrestag der Eröffnung des Max Reinhardt Seminars. Wien: Max Reinhardt Seminar. 2004.

Diese Publikation kann zum Preis von 7,- € bei nachstehender Anschrift bestellt werden:

Max Reinhardt Seminar, Penzingerstraße 9, 1140 Wien

Tel.: 0043/1/11 55 28 02, e-mail: mrs@mdw.ac.at

Weitere Quellen:

- Peter Roessler, Susanne Gföller (Hrsg.): Erinnerung. Beiträge zum 75. Jahrestag der Eröffnung des Max Reinhardt Seminars. Eine Dokumentation. Wien: Max Reinhardt Seminar. 2005
- Univ. Prof. Dr. Evelyn Deutsch-Schreiner: Mythos Max Reinhardt. Ein toter Theaterregisseur als österreichische Integrationsfigur. http://www.sbg.ac.at/zjk/sites_at/exposes.htm
- gift 02/2013: Die Besatzungsmächte als Akteure der Wiener Theaterszene. http://www.freietheater.at/page=service&subpage=gift&detail=48922&id_text=5
- Aus der Rathauskorrespondenz: <http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1962/juli.html>
<http://www.wien.gv.at/bezirke/neubau/geschichte-kultur/emilgeyer.htm>

Paul Neurath – ein Fallbeispiel

Einer der ersten Gemeindebaummieter, die deportiert wurden, war der Penzinger Soziologe Dr. Paul Neurath, wohnhaft in der Penzingerstraße 138-140/1/3 (Einzelraum). Dr. Paul Neurath, geboren am 12. September 1911 in Wien als Sohn des prominenten Philosophen und Soziologen Otto Neurath. Aus Dachau wurde er im September 1938 nach Buchenwald überstellt und 1939 entlassen. Er emigrierte dann über Schweden in die USA. Paul Neurath lebt in New York und Wien. Zusammen mit bekannten Politikern wie etwa Leopold Figl, Franz Olah oder Viktor Matejka überstellten die Nationalsozialisten Neurath bereits mit dem ersten Transport, dem sogenannten „Prominententransport“ am 1. April 1938 nach Dachau. Zuerst gelang es Neurath noch, die auf ihn angesetzte Gestapo und SS zu täuschen und zu flüchten, doch wurde er wenig später doch verhaftet. Aus Dachau, Block VI, Stube 2, stellte Neurath am 23. Juli 1938 für Lucie Bloch eine Generalvollmacht für sämtliche Rechtsangelegenheiten - inklusive der Wohnungskündigung - aus.

Richard Fleischmann – ein Fallbeispiel

Richard Fleischmann, von Beruf Zahntechniker, wurde aus seiner Wohnung in der Penzingerstraße 33/8/8 gekündigt - zu einer Zeit, als er im Polizeigefangenenhaus in der Hahngasse 10 (Wien Alsergrund) in „Schutzhaft“ festgehalten wurde. Richard Fleischmann beging am 10. November 1938 - also unmittelbar nach dem Novemberpogrom - Selbstmord. Zwei Tage nach Fleischmanns Verzweiflungstat wurde seine Wohnung polizeilich versiegelt. Am 8. Dezember 1938 schrieb die Magistratsabteilung 21 an das für solche Fälle zuständige Amtsgericht Hietzing: „Da die gekündigte Partei Richard Fleischmann am 10.11.38 gestorben und die gekündigte Wohnung gerichtlich gesperrt ist, stellt die kündigende Partei zur Ermöglichung der zwangsweisen Räumung der gekündigten Wohnung den Antrag in dieser Rechtssache einen Abhandlungsberater zu bestellen und ihr den oben zitierten Räumungsbeschluss ebenfalls zuzustellen.“

BETHAUS PENZINGERSTRASSE

Im der Penzingerstraße 132, die früher zum XIII. Bezirk Hietzing gehörte, existierte seit 1904 ein vom Tempelverein Hietzing unterhaltenes Bethaus, dessen Betsaal insgesamt 130 Sitze fasste.

3 ANTISEMITISCHE DISKRIMINIERUNG UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Im Haus Linzerstrasse 73 wohnte Julius Beck – laut Bericht der Gestapo am 3.10.1941 wegen „öffentlichen Ärgernisses“ festgenommen, wegen Nicht-Aufstehens in der Stadtbahn; ins Sammellager in der Sperlgasse 2a gebracht. Über sein weiteres Schicksal ist uns leider nichts bekannt. Am selben Tag wurde auch Johanna Weiss, die im 9. Bezirk wohnte, wegen des selben „Vergehens“ verhaftet, am 15. Oktober 1941 nach Litzmannstadt deportiert und überlebte nicht.

Nach dem „Anschluss“ 1938 konnte die jüdische Bevölkerung Wiens die verschiedenen Gesetze, Kundmachungen und Verordnungen, die täglich über sie hereinbrachen und deren Nichteinhaltung zu Verhaftung, Deportation und Ermordung führte, kaum überblicken. Um sicher zu stellen, dass die gesamte jüdische Bevölkerung von den täglich erlassenen Gesetzen in Kenntnis gesetzt wurde, wurde die Herausgabe eines „Jüdischen Nachrichtenblattes“ für das ganze Reichsgebiet beschlossen. Für die Verteilung der Wiener Ausgabe, die auch lokalspezifische Nachrichten und Verordnungen enthielt, war die Israelitische Kultusgemeinde verantwortlich, die sicher stellen musste, dass allen Mitgliedern der Gemeinde das „Jüdische Nachrichtenblatt“ zukam.

In den Aufstellungen der Kultusgemeinde wurden allein im Jahr 1938 an die hundert neue Bestimmungen angeführt und deren Auswirkungen diskutiert. Bis zum Ausbruch des Krieges, dem Überfall des Deutschen Reichs auf Polen am 1. September 1939, wurden Jüdinnen und Juden mit insgesamt 250 antijüdischen Gesetzen diskriminiert und unterdrückt. Diese Facette des antijüdischen Terrors zielte auf eine, durch die NS-Gesetze legitimierte, systematische Separierung der jüdischen von der „arischen“ Bevölkerung ab. Jüdinnen und Juden sollten aus der Gesellschaft der Staatsbürger_innen entfernt und in eigens bestimmte Bereiche gepfercht werden.

Bereits im Sommer 1938 gab es eine Verordnung des Wiener Polizeipräsidenten, in der jene öffentlichen Park- und Gartenanlagen, die von Jüdinnen und Juden nicht mehr betreten werden durften, aufgelistet waren. Kurz nach dem Novemberpogrom 1938 wurde Jüdinnen und Juden jegliche Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, zum Beispiel der Besuch von Kinos und Theatern, und der Besuch von Kaffeehäusern untersagt. Gleichzeitig wurden ihre Bewegungsfreiheit und ihre Kommunikationsmöglichkeiten durch den Entzug von Führer_innenscheinen und die Ausweitung des „Judenbanns“ auf manche Busse und Straßenbahnen sowie öffentliche Telefonzellen massiv eingeeengt. Ab Jänner 1942 war es Jüdinnen und Juden überhaupt



nicht mehr erlaubt von öffentlichen Apparaten aus zu telefonieren, ihre privaten hatten sie vorher schon abgeben müssen.

Im Jahr 1940 versuchte die Kultusgemeinde die Freigabe von zumindest zwei Parkanlagen zu erwirken. Dieser Bitte wurde jedoch mit dem Argument, es stünden Jüdinnen und Juden ohnehin genug Parkanlagen frei, nicht nachgegeben. In Wahrheit handelte es sich nur um wenige behördlich erlaubte Gärten, in denen die Bänke mit der Aufschrift „Nur für Arier!“ versehen waren. Jüdinnen und Juden wurden oftmals gehindert, diese Anlagen zu betreten. Im Verlauf des Krieges erfuhr die jüdische Bevölkerung immer weitere empfindliche Einschränkungen und ab 1942 wurde der „Judenbann“ praktisch auf alle Park- und Grünflächen und schließlich auch auf die Umgebung Wiens ausgedehnt. Plakate mit den Wortlauten „Juden und Hunden Eintritt verboten!“ oder „Aussätzigen, Hunden und Juden Eintritt verboten!“ waren gang und gäbe.

Ebenso durften sie die Straßenbahnlinien D und 40 nicht mehr benutzen, was eine besondere Schikane darstellte, denn der jüdische Friedhof, das Rothschild-Spital und die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ lagen genau an diesen Verkehrslinien. An Samstagen ab 14 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ganztägig wurde Jüdinnen und Juden das Fahren mit den übrigen Linien generell verboten. Ab Mai 1942 wurde Jüdinnen und Juden das Benutzen sämtlicher öffentlicher Verkehrsmittel innerhalb der Gemeinde untersagt, Ausnahmen wurden nur gemacht, wenn der Fußweg von der Wohnung zur Arbeitsstätte länger als eine Stunde in Anspruch nahm.

Eine weitere Maßnahme zur rigorosen Separierung der jüdischen von der „arischen“ Bevölkerung erfolgte im September 1939 durch die Anordnung, dass Jüdinnen und Juden nur noch innerhalb festgelegter Zeiten – im Winter zwischen 6-20 Uhr, im Sommer zwischen 5-21 Uhr – ihre Wohnungen verlassen durften. Eine zusätzliche Einschränkung wurde der jüdischen Bevölkerung im Jänner 1940 auferlegt. Ab die-

sem Zeitpunkt durften sie nur noch in „Judengeschäften“ und zu knapp bemessenen, bestimmten Tageszeiten einkaufen. Hier waren sie dem antisemitischen Pöbel ausgeliefert, die davor stehenden „Volksgenossen“ und „Volksgenossinnen“ spuckten Jüdinnen und Juden an und gaben antisemitische Äußerungen von sich – das tägliche Einkaufen wurde zum Spießbrutenlauf.

Bereits im Dezember 1938 waren 50.000 der 55.000 noch in Wien verbliebenen Jüdinnen und Juden auf die Ausspeisungsküchen der Kultusgemeinde angewiesen. Jüdische Kund_innen durften aber aufgrund einer vom Reichsnähramt erlassenen Verordnung nicht zu Großhandelspreisen einkaufen, so dass die Kultusgemeinde dazu gezwungen war, höhere Preise zu zahlen. Während des Novemberpogroms wurden auch diese lebensnotwendigen Notküchen verwüstet, Lebensmittel mit Glas vermengt, die Suppen ausgeschüttet, die Schlüssel der Ausspeisungszentralen konfisziert und die Gelder geraubt – es konnten sieben Tage lang keine Lebensmittel ausgegeben werden.

In Folge des Krieges wurden im gesamten Reichsgebiet Lebensmittel und andere Versorgungsgüter rationiert und ihre Verteilung mit Lebensmittelkarten geregelt. Die für die antisemitisch Verfolgten vorgesehenen Lebensmittelkarten wurden ab 1. November 1940 mit dem Aufdruck „J“ für „Jude“ gekennzeichnet und Jüdinnen und Juden sowie „Nichtglaubensjüd_innen“ wurden sukzessive vom Bezug von Fleisch, Fisch, Weißbrot, Vollmilch, Butter, Eiern, Obst, Schokolade, Kuchen, Tee und Kaffee ausgeschlossen. Vom Bezug der ebenfalls rationierten Kleider, Schuhe und Wäsche waren Jüdinnen und Juden komplett ausgeschlossen. Wer essen wollte, musste in der Lebensmittelkartei, welche die Kultusgemeinde erstellen musste, gemeldet sein. Jene Kartenstelle, die vorgeblich errichtet wurde, um die Verpflegung und Ernährung von Jüdinnen und Juden zentral zu gewährleisten, diente im Endeffekt ihrer Erfassung, ihrer Ausbeutung, ihrer Deportation und ihrer Ermordung – der Maschinerie der Vernichtung.

Der jüdischen Bevölkerung wurde nicht nur die Ernährungsgrundlage geraubt, sondern gleichzeitig auch die medizinische Versorgung weitgehend entzogen. Jüdischen Ärzt_innen wurde mit 30. September 1938 die Approbation entzogen, sie durften sich nur noch „jüdische Krankenbehandler_innen“ nennen und ausschließlich jüdische Patient_innen behandeln. Umgekehrt nahmen nichtjüdische Krankenhäuser keine jüdischen Patient_innen mehr auf, daher war das Spital der jüdischen Gemeinde, das Rothschild-Spital, restlos überfüllt. Viele Jüdinnen und Juden, die – solange es möglich war – emigrieren wollten, mussten sich, um eine Einwanderungserlaubnis zu erhalten, einer medizinischen Untersuchung unterziehen und suchten ebenfalls das vollkommen überlaufene und überlastete Rothschild-Spital auf. Im Jänner 1942 wurde das Spital trotz wiederholter Bitten seitens der Kultusgemeinde geschlossen.

Die verhängten Berufsverbote betrafen nicht nur Ärzt_innen sondern auch zahlreiche andere Berufsgruppen. Jüdinnen und Juden war es verboten einen Diensteid auf Adolf Hitler zu schwören und da alle Beamt_innen auf Hitler vereidigt werden mussten, waren

sie somit sofort ihres Amtes enthoben und wurden in den Ruhestand versetzt. Ebenso wurde jüdischen Richter_innen und Rechtsanwält_innen, Journalist_innen, Musiker_innen und Schauspieler_innen ihre Berufsausübung verboten. Zur Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben wurde Jüdinnen und Juden ab 1. Jänner 1939 der Betrieb von Einzelhandels-, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt. Bis Ende März 1938 hatte die Wiener Universität bereits alle jüdischen Lehrpersonen ihrer Tätigkeit enthoben, jüdische Studierende wurden von den Universitäten verwiesen und jüdische Schüler_innen wurden aus den Lehranstalten entlassen und in eigenen Schulen zusammengefasst.

Bereits im Jahr 1938 trat auch in Österreich die Bestimmung in Kraft, nach der jeder Jude den zusätzlichen Vornamen „Israel“, jede Jüdin den zusätzlichen Vornamen „Sara“ zu tragen hatte, sofern sie nicht bereits einen nach nazistischer Anschauung „semitischen“ Erstnamen besaßen. Ab September 1941 mussten alle Jüdinnen und Juden ab dem sechsten Lebensjahr, die noch nicht zwangsdeportiert worden waren, den gelben „Judenstern“ tragen, für dessen Verteilung die Kultusgemeinde verantwortlich gemacht wurde. Das Verdecken oder Nichttragen dieses Stigmas wurde mit drakonischen Strafen – Festnahme, Deportation bzw. Einweisung in ein KZ und Ermordung – geahndet.

Diskriminierung und soziale Ausgrenzung verfolgten drei Hauptziele

Erstens zertrümmerten die öffentlichen Demütigungen und ununterbrochenen Gewalttaten das Selbstwertgefühl von Jüdinnen und Juden und machte sie gefügiger gegenüber neuerlichen Maßnahmen. Die Flut an Gesetzen erschwerte den Verfolgten auch eine Analyse des Status quo, alle Gedanken sollten – so die Strategie der Täter_innen – auf den jeweils jüngsten Anschlag gegen die eigne Existenz gerichtet sein, den Opfern sollte keine Zeit bleiben, sich mit der gesamten Entwicklung auseinanderzusetzen. Zweitens sollte das letzte Mitgefühl gegenüber den verarmten und in Elend lebenden Jüdinnen und Juden, die durch Ausgrenzung und Unterdrückung mehr und mehr dem antisemitischen Stereotyp vom ärmlichen „Ghettojuden“ zu ähneln begannen, abgetötet werden.

Letztlich aber waren Jüdinnen und Juden jetzt als „Opfer“ klar erkennbar. Da nun geregelt war, wer sich vor antisemitischer Unterdrückung sicher fühlen durfte, da gesichert war, wer einen „Ariernachweis“ erhielt, wichen die Ängste der „deutschen Volksangehörigen“ eventuell in Zukunft selbst zu den Verfolgten zu gehören. Zehntausende Österreicher_innen waren unter den „deutschen Volksangehörigen“ und den Täter_innen und Mittäter_innen, die mit Begeisterung dazu beitrugen diese Ziele in die Tat umzusetzen.

Quellen:

- DÖW (Hg.) (1984). Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation. Band 3. Wien: ÖBV
- Doron Rabinovici. Instanzen der Ohnmacht – Wien 1938-1945 – Der Weg zum Judenrat. Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2000.
- DÖW (Hg.) (1992). Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 3: Jüdische Schicksale. Wien: ÖBV

Auszug aus der Erzählung von „Bubi“ Zerwanitzer

In: DÖW (Hg.) (1992). Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 3: Jüdische Schicksale. Wien: ÖBV

Norbert steht in meinem Paß, aber ich glaube, das weiß niemand, man hat mich „Bubi“ genannt. Wir wohnten in einem proletarischen Viertel in der Linzer Straße, das war damals der 13. Bezirk, heute der 14. Bezirk; es war eine richtige proletarische Gegend, die Wohnung hat dementsprechend ausgeschaut, es war eine Zimmer-Küche-Wohnung. Dort haben wir zu dritt gewohnt. Ich war das einzige Kind, aber nachher ist meine Cousine aus Rumänien zu uns in die kleine Wohnung gezogen: das Zimmer war vielleicht zehn Quadratmeter, die Küche war kleiner. Aber man hatte nicht das Gefühl der Armut, weil mehr oder weniger alle in meiner Umgebung so gelebt haben. Neben uns war noch eine jüdische Familie, eine Familie Weiner, die hatten in der Linzer Straße 28, Ecke Flachgasse, eine Schusterwerkstatt. Reiche Juden habe ich nicht gekannt, ich bin auf keine gestoßen, weder in der Nachbarschaft noch unter den Bekannten meiner Eltern, die Familie eines Schulkollegen war wohlhabend, hatte eine große Villa und auch Autos. Ihr Reichtum war mir gleichgültig. Dort war ich manchmal zu Besuch.

[...]

Mein Vater war Bücherrevisor, heute nennt man das Wirtschaftsprüfer. Eigentlich war das mein Onkel, denn mein richtiger Vater ist gestorben, als ich sechs Jahre alt war. Meine Mutter hat dann meinen Onkel geheiratet, der mich adoptiert hat und den ich als meinen eigentlichen Vater betrachte.

Durch die Arbeit als Wirtschaftsprüfer ist er irgendwie aufgestiegen, und wir sind dann in den 2. Bezirk, in die Taborstraße 33 übersiedelt, in eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung, die mir als Inbegriff eines Palastes vorgekommen ist. Die Freude hat nicht lange gedauert, ein Jahr nachher war schon der Hitler da.

[...]

Die Generation vor meinen Eltern war fromm; der Vater meiner Mutter war ein Schächter und natürlich ein frommer Mann, obwohl mit verschiedenen Skeptizismen. Ich habe ihn dann noch in Israel erlebt. Er hatte seine eigene Art, die Religion zu bewältigen: es gibt ein jüdisches Sprichwort, das sagt, daß „ein Gerechter nicht auf einer eisernen Brücke gehen muß, ein Gerechter kann auf einer papierenen Brücke gehen.“ Mein Großvater sagte: „Ich bin zwar ein Gerechter, aber ich würde trotzdem auf einer eisernen Brücke gehen, denn woher soll ich wissen, daß der Herrgott weiß, daß ich ein Gerechter bin.“ Meine Eltern waren absolut atheistisch, trotzdem war eine jiddische Atmosphäre; ich kann gar nicht so richtig sagen, warum. Wahrscheinlich, weil sie manchenmal jiddisch gestritten haben. Wahrscheinlich streitet es sich auf Jiddisch leichter. Auch Rechnungen hat mein Vater auf Jiddisch gemacht, bei Zahlen ist man ja immer an die Muttersprache gebunden, und Jiddisch war von beiden die Muttersprache. Ich hab’ Jiddisch nur gehört, meine Muttersprache war Wienerisch.

[...]

Was heißt eigentlich, Jude sein bei uns zu Hause? Man hat fast keine Feste gehalten, es gab keine Zeremonien. Man hat zu Chanukka die Kerzen auf dem Leuchter angezündet, wir haben das Weihnukka genannt, also Weihnachten und Chanukka zusammen. Mein Wissen über Jom Kippur war ungefähr so, daß man am Jom Kippur nicht draußen essen soll, (um nicht eventuell von Frommen gesehen zu werden). [...]

Auch ohne Religion habe ich mich immer als Jude gefühlt. Wir hörten zu Hause jiddische Lieder, unser Leben war durch jüdische Aphorismen, Geschichten, Witze geprägt. Die Freunde, die Umgebung, die Freunde meiner Eltern waren meistens Juden, nicht alle, aber viele. Es war eine gewisse Denkart oder Gefühlsart, die, glaube ich, bis heute eine besondere Form des Humors beinhaltet und eine eigene Definition, was ein Mensch sein soll. Im Jiddischen sagt man: „A Mensch zu sein“ – damit ist aber eine viel breitere Bedeutung gemeint: nicht nur die Artzugehörigkeit, sondern wirklich auch von der Seele her etwas Menschliches darzustellen. Mit der Zeit, wenn man älter wird, akkumulieren sich dann die 4.000 Jahre jüdischer Geschichte. Und man beginnt, sich damit zu identifizieren. Also, wenn ich heute sage, ich fühle mich als Jude, so heißt das, ich habe in meinem Hinterkopf 4.000 Jahre Geschichte, die auf mir lasten, mit denen ich mich identifiziere. Und aus diesen 4.000 Jahren Geschichte, angefangen von Abraham, bis zu mir, habe ich das Gefühl einer Kontinuität, trotz vieler Widersprüche. Das Jude-sein, als Nicht-Religiöser ist überhaupt ein Problem, das bis heute nicht ganz klar ist. Es gibt 120 Anschauungen darüber (Anm.: Gemeint ist: unzählige Anschauungen). Ich meine, es ist eine Identifizierung, eine Schicksalsidentifizierung. Durch den Antisemitismus wird einem erstens bewußt, daß man Jude ist, weil man dauernd daran erinnert wird, zweitens fühlt man auch den inneren Zwang, sich mit denen zu identifizieren, die angegriffen werden. Warum man angegriffen wird, ist eigentlich unklar, aber man hat das akzeptiert, wie das Wetter. Das war eine Selbstverständlichkeit, daß Juden angepöbeln werden. Ich hab’ mich nicht einmal beklagt, wenn ich angepöbelt wurde, weil mir das irgendwie schon als Selbstverständlichkeit erschienen ist. Man wird von Haus aus, von Kind auf, daran gewöhnt, als Jude verspottet zu werden. Gewissermaßen hat das dann auch die politische Entwicklung bestimmt, weil man selten von Sozialdemokraten angepöbelt wurde, im Gegenteil. Ich kann mich erinnern, als ich noch in der Volksschule war, noch bevor ich zehn Jahre alt war, war mir das schon klar, die „Schwarzen“ (Anm.: Anhänger der Christlichsozialen Partei) schreien mir irgendetwas auf der Straße nach und die Sozis nicht, die haben mich verteidigt. [...]

An einige besonders kuriose Angriffe kann ich noch gut erinnern. Die Wohnungen hatten größtenteils weder Badezimmer noch Klos. Zum Baden ging man ins Tröpferlbad. Es war ein technisches Ereignis, als mein Vater eine Dusche mit Pumpe nach Hause brachte. Die ist dann in der Küche aufgestellt gewesen. Das Klo war aber auf dem Gang. Immer, wenn ich reingegangen bin, ist ein Nachbar, ein gewisser Herr Stich erschienen und hat geschrien: „Judenbua, geh’ auða, kumm auða!“ Es war für mich unerklärlich, warum ich nicht einmal im Klo ruhig sitzen durfte, ohne gleich als Jude herausgeschrien zu werden. [...]

In der Volksschule gab es einmal bei der Geschenksverteilung zu Weihnachten Angriffe gegen mich. Ich hab' auch etwas bekommen. Da hat sich ein Mitschüler aufgeregt: „Wieso kriegt der das? Der ist ja ein Jud'!“ [...] „Bubi“ Zerwanitzer kann 1938 nach Israel flüchten, wo er zum Zeitpunkt des Interviews lebte. 1942 schloss er sich der kommunistischen Arbeiterbewegung an, von der er sich später wieder abwendete.

Es ist oft die Rede, daß auch Juden am Antisemitismus Schuld hätten oder Anlaß gegeben hätten, aber Antisemitismus hat mit den Juden überhaupt nichts zu tun. Ich habe oft in Diskussionen in Wien mit Nicht-Juden, die bestimmt keine Nazis sind, erlebt, daß eine Unmenge Wiener auf einmal jüdische Großväter, jüdische Großmütter hat. Und damit geben sie sich den Freibrief, antisemitisches Gedankengut zum besten zu geben. Unter anderem: Ja, die Juden haben oft provoziert mit ihrem Reichtum, Frauen mit Brillanten und so weiter. Das sagen sie mit dem totalen Unverständnis, daß mit Reichtum zu prahlen keine jüdische, sondern eine Neureichen-Eigenschaft ist. [...] Arme Juden wie wir wurden genauso angestänkert. Man versucht, mit den Antisemiten zu diskutieren. Ich stehe auch immer unter der Versuchung. Andererseits ist ja jede Diskussion mit antisemitischen Argumenten eigentlich eine Aufwertung dieser Argumente, einer Anerkennung, daß sie überhaupt Argumente sind. Das ist ein Dilemma, was macht man eigentlich damit? Es gibt antisemitisches Gedankengut, das sogar philosemitisch ist. Ich habe einen Bekannten in Wien, er ist mit einer Jüdin verheiratet, ist ein bekannter Mann, er ist oft in Israel. Mit dem hatte ich einmal eine Diskussion über die Beschuldigung gegen Juden, daß sie Machtansprüche hätten. Da sagte mein antisemitischer Philosemit: „Natürlich wollten sie Macht, und mit Recht (!), weil's ja gescheiter waren wie die anderen Leute!“ Ich behaupte, wenn Juden groß geworden sind auf diversen Gebieten, sind sie es immer individuell geworden, jeder für sich. Es war keine Organisation der jüdischen Ärzte, es gab aber eine Unmenge jüdischer Mediziner, Künstler, Finanzleute – aus historischen Gründen. Und sie wollten in Ruhe gelassen werden. Warum gerade so viele Juden? Es läßt sich alles geschichtlich erklären, hat nichts mit jüdischer Genetik zu tun, sondern nur mit den geschichtlichen und sozialen Umständen. [...]

Ich habe oft das physische Bedürfnis, in Wien zu sein, in den Straßen herumzugehen, Wienerisch zu hören, die Häuser, die Atmosphäre, die Alleen, die diversen Außenbezirke zu sehen, bei der Schule vorbeizugehen. Das überkommt mich so alle paar Monate. Dann fahre ich nach Wien, bin dort zehn, zwölf, vierzehn Tage. Wir koordinieren das meistens so, daß ich im Herbst und im Frühjahr fahren kann. Aber ich spüre vorher schon den Drang in mir, es ist wie bei einem Drogenabhängigen. Der spürt ja auch, es kommt über ihn, er muß es jetzt bald konsumieren, sonst geht es ihm schlecht. Dann habe ich meistens nach zehn, zwölf Tagen, wenn ich mir einige solche antisemitischen Sachen angehört habe, einmal im Taxi, einmal auf der Straße oder im Hotel wieder genug. Beispielsweise wenn ich über den Preis rede mit der Frau dort und sie sagt mit: „Geh'n'S hören'S auf, handeln'S nicht mit mir wie ein Hebräer“. Dann

sage ich: „Wissen'S, Sie sind eine ganz gewöhnliche Antisemitin“. Sagt sie, „Ich? Um Gottes Willen, alle meine Freunde sind ja Juden, wie können Sie so etwas von mir behaupten, das ist nur so ein Ausdruck, ja, 'wie ein Hebräer'“. [...] Aber das war nicht schlecht gemeint, es war wirklich harmlos gemeint. Es hat gar keinen Sinn, das zu übertreiben. Aber eben mit Auschwitz im Hintergrund hat alles eine andere Bedeutung, einen anderen Stellenwert. Auch antisemitische Witze machen mir nichts aus, wenn ich weiß, daß die von Nicht-Antisemiten kommen. Aber nach dem Holocaust hat jede solche Bemerkung, so harmlos ist ist, einen anderen Stellenwert. Eine „Eins“ ist nicht eine „Eins“, eine „Eins“ kann auch eine „Tausend“ sein – es kommt drauf an, wo die Nullen stehen, und nach dem Holocaust sind die Nullen umgestellt worden, und der „Einser“ hat eine andere Bedeutung. Ich habe den Rauswurf aus Wien nie ganz verkraftet. Das ist nicht üblich bei Wienern. Es gibt Wiener hier in Israel, die sagen, daß Wien ihnen uninteressant geworden ist. Ich habe es nicht verkraftet. Ich würde auch nie zurückgehen, ohne aufgefordert worden zu sein. Ich weiß nicht, ob ich dann zurückginge, aber es hat nie jemand gesagt: „Kommen Sie zurück“. Da spielt ja die Vergangenheit mit herein, wie die Juden unserer Schule zum Direktor gerufen worden sind, und der gesagt hat: „Also meine Herrschaften, Sie sind hier Gäste in dem Land, und Sie müssen sich dementsprechend benehmen. Er wird erwartet, daß Sie sich dementsprechend benehmen.“ Was mir heute nicht klar ist, warum habe ich nicht gefragt: „Was heißt dementsprechend? Und warum Gäste?“ Also „Gäste“ habe ich schon verstanden, wir wurden zu unerwünschten Gästen erklärt. Aber was heißt „dementsprechend“? Ich habe mich gefühlt als Urwiener, zumindest so gut wie die meisten „Zuagasten“ dort. Es gibt ja fast keine echten Wiener, mit wem man redet, da waren doch meistens tschechische, böhmische, polnische Namen, ungarische Namen. Also ich habe mich nicht weniger als Wiener gefühlt wie jeder andere; und ich war völlig fasziniert vom Wiener Dialekt, ich weiß nicht warum, das bin ich bis heute. Die grammatikalischen Unterschiede zwischen dem Wiener Dialekt und der deutschen Sprache haben mich immer interessiert, woher die kommen, warum und wieso. Und auf einmal bin ich „Gast“, und diese Beleidigung habe ich nie sublimieren können. Obwohl das lauter theoretischer Blödsinn ist, was heißt Beleidigung, man kann sich ja von Nazis nicht beleidigen lassen, nicht, das ist überhaupt kein Partner, von dem man sagt, der hat mich beschimpft und jetzt bin ich beleidigt. Und trotzdem es ist dieses Gefühl des Ausgestoßenseins. [...]

Es ist das, was die Engländer ein „unfinished business“ (Anm.: Unerledigte Angelegenheit) nennen, die Geschichte mit mir und Wien. Man hat viele solche „unfinished businesses“ im Leben, mit seinen Eltern, mit der Politik und dem Kommunismus, auch der Kommunismus ist eigentlich ein „unfinished business“ bei mir. Man lebt eben so mit einer ganzen Menge von offenen Fäden. [...] Genau wie man die Mißverständnisse mit den Eltern nie verwindet. Genauso habe ich diese Geschichte mit dem „Gast“ und „dementsprechendem Benehmen“ nie ganz verwunden. Na ja, schließlich dauert das Leben ja nicht ewig, man muß sich ja nicht alle Ewigkeit damit herumschleppen, nur solange man lebt; also doch ein „finished business“, eine „erledigte Angelegenheit“, nämlich das Leben selbst.

4 DEPORTATIONEN AUS DER GOLDSCHLAGSTRASSE NACH THERESIENSTADT

Zwischen Juni und Oktober 1942 verließen 13 Deportationszüge den Wiener Aspengarten Bahnhof, in Richtung des so genannten „Protektorats Böhmen und Mähren“. In ihnen wurden jeweils bis zu 1 300 Jüdinnen und Juden nach Theresienstadt deportiert. Allein in der Goldschlagstrasse lebten mindestens 72 Menschen, die Mehrzahl von ihnen im Altersheim der Israelitischen Kultusgemeinde in der Goldschlagstrasse 84, die von ihrer letzten Wohnstätte aus nach Theresienstadt deportiert wurden.

Theresienstadt, die Ende des 18. Jahrhunderts von Kaiser Josef II. gegründete Garnisonsstadt, war im Nationalsozialismus zugleich ein Gefängnis der Gestapo und ein Ghetto, dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin direkt unterstellt. Das Ghetto wurde zum Durchgangslager für mehr als 86 000 Jüdinnen und Juden, die von hier aus an die Vernichtungsstätten im besetzten Polen deportiert worden.

In die so genannte „Kleine Festung“ wurden im Juni 1940 die ersten Gestapohäftlinge aus Prag überstellt. Insgesamt 27 000 Männer und 5 000 Frauen durchliefen die Gestapohaft bis zur Befreiung im Mai 1945. Ein Großteil von ihnen wurde von hier aus in weitere Haftstätten und Konzentrationslager, meist Mauthausen oder Auschwitz, deportiert. Jan Merell, der 1943 in die „Kleine Festung“ verschleppt wurde, schrieb:

„Juden, die aus dem Getto in die Kleine Festung kamen, waren zur Vernichtung bestimmt, so daß nur wir, die wir mit dem Leben davonkamen, unsere Stimmen erheben können, um Zeugnis abzulegen von ihrem großen Leiden. (...) Ich aber verbrachte volle vierzehn Monate dort, so daß ich mehr Gelegenheit als die meisten anderen hatte, Zeuge der unmenschlichen Grausamkeiten zu werden, die die Nazi an den Häftlingen, besonders aber an den Juden, begingen.“

Das Stadtgebiet Theresienstadts wurde mit Dezember 1941 zum zentralen Ort der Deportation und Ghettoisierung von fast der gesamten jüdischen Bevölkerung Böhmens und Mährens. Für die aller meisten von ihnen blieb Theresienstadt nur ein Ort, an dem ihre Entrechtung und Entmenschlichung stattfanden, etwa 90% der tschechischen Jüdinnen und Juden wurden in die Vernichtungsstätten weiter deportiert. Bis zur Befreiung wurden etwa 140 000 Menschen aus dem so genannten „Protektorat“, der Slowakei, dem Gebiet des so genannten „Deutschen Reichs“, Österreich, Ungarn, der Niederlande und Dänemark nach Theresienstadt verschleppt.



Max Freiherr von Springer'sches Waisenhaus, Goldschlagstraße 84, (Bezirksmuseum Rudolfsheim-Fünfhaus)



Offizielle Abbildungen des Waschrums im Waisenhaus, Goldschlagstraße 84, 1930er-Jahre (Bezirksmuseum Rudolfsheim-Fünfhaus)

In den Todesmärschen kamen im Frühjahr 1945 mehr als 16 000 Überlebende der Vernichtungslager teilweise zum zweiten mal nach Theresienstadt.

In der Goldschlagstrasse 84, Ecke Illeggasse, erinnert heute eine Gedenktafel an das jüdische Waisenhaus das sich bis März 1939 in dem Gebäude befand. Sofort nach Auflösung des Waisenhauses wurde das Gebäude in ein Altersheim umfunktioniert. Im Jahr 1942 lebten 140 Menschen, überwiegend ältere Frauen, in der Goldschlagstrasse 84. Für das Jahr 1943 schienen keine Bewohnerinnen und Bewohner mehr auf.

Margarethe und Philipp Feilendorf, geboren am 23.03.1910 und 22.12.1903 in Wien, wurden am 27.08.1942 aus der Goldschlagstrasse 84 nach Theresienstadt deportiert. Zusammen mit ihnen wurden 996 Menschen aus Wien nach Theresienstadt verschleppt - unter ihnen 42 weitere Bewohnerinnen der Goldschlagstrasse 84. Warum das Ehepaar mittleren Alters in einem Altersheim wohnte, ist nicht ersichtlich. Ein weiterer Name der diese Unklarheit belegt, ist der von Oskar Kiraly, der am 16.03.1943, neunzehnjährig, aus der Goldschlagstrasse 84 nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet wurde.

Philipp Feilendorf wurde am 28.09.1944 von Theresienstadt nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Margarethe Feilendorf wurde wenige Tage später, am 06.10.1944, ebenfalls nach Auschwitz-Birkenau verschleppt. Beide wurden vermutlich unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet. Zwischen dem 28.09. und 28.10.1944 wurden etwa 18 400 Menschen in den so genannten „Herbsttransporten“ nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Von ihnen überlebten nur 1574 Menschen den Tag der Befreiung. Viele hatten für den zuvor gedrehten Propagandafilm „Theresienstadt. Dokumentarfilm aus einem jüdischen Siedlungsgebiet“ als Statistinnen und Statisten dienen müssen. Ein Motiv für die Deportation von mehr als der Hälfte der Gefangenen binnen eines Monats, lag auch in der Angst der Nazis vor einem möglichen Lageraufstand begründet.

Zwischen Herbst 1943 und Mai 1944 waren 17 517 Menschen aus Theresienstadt in das so genannte „Theresienstädter Familienlager“ nach Auschwitz-Birkenau deportiert worden. Ihre Deportation sollte Platz für den Besuch des Internationalen

Roten Kreuzes im Juni 1944 schaffen, dem die idyllische Lebensbedingungen in Theresienstadt glaubhaft gemacht werden sollten. Im Zuge ihrer Vernichtung waren die Menschen in Auschwitz-Birkenau noch angewiesen Postkarten und Briefe an ihre Angehörigen in Theresienstadt zu schreiben, um zu belegen, dass es ihnen gut gehe. Bis auf 1 667 Menschen wurden alle Gefangenen des „Familienlagers“ vergast oder starben an den katastrophalen Lebensbedingungen im Lagers.

Die großen Transporte nach Auschwitz-Birkenau waren ein Weg des Mordens, das mit der Deportation nach Theresienstadt seinen Anfang nahm. Rosa Hell, geboren am 12.04.1866, wurde am 28.06.1942 aus der Goldschlaggasse 84 nach Theresienstadt und von dort bereits drei Monate später nach Treblinka deportiert wurde, wo sie, wie alle 1985 Menschen, die mit ihr in diesem Transport waren, unmittelbar nach ihrer Ankunft vergast wurde. Von Theresienstadt aus gingen Deportationszüge in die großen Ghettos von Warschau, Riga, Lublin und Litzmannstadt, und in die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Maly Trostinez. Natalie Allina wurde gemeinsam mit Rosa Hell am 28.06.1942 aus der Goldschlagstrasse 84 nach Theresienstadt deportiert. Die ehemalige Trafikantin war 13.05.1939 zwangsweise von St. Pölten nach Wien umgesiedelt wurden. Sie starb, ein knappes halbes Jahr nach ihrer Deportation, am 30.11.1942 in Theresienstadt. Die angegebene Todesursache lautete auf eine Herzkreislauferkrankung.

In die post-nazistische Erinnerung hat sich Theresienstadt vor allem als „Alters- und Prominentenghetto“ eingeschrieben. Das Lager wird vielfach als Ort verstanden, an den Jüdinnen und Juden zwar deportiert wurden, an dem vor allem aber musiziert und gemalt wurde. Damit wurde die Farce des Reichsicherheitshauptamts und der nationalsozialistischen Propaganda noch nach 1945 reproduziert.

Theresienstadt war alles andere als eine „geschenkte Stadt“¹, es war eine Station der Shoa, in der Menschen für die Vernichtung verwahrt und weitergeleitet wurden, und es war ein Gefängnis, in dem annähernd 34 000 Menschen ermordet wurden. Wenn hier trotz Hunger, Krankheiten und erschlagender Enge, in der ständigen Angst vor den gefürchteten „Osttransporten“; Kinder, unter Verbot und heimlich, unterrichtet wurden, Vortragende sprachen, es Konzerte und Theaterabende gab, dann als Ausdruck eines unbedingten Lebens- und Widerstandswillens.

Quellen:

- Kärntner Jüdinnen und Juden. Gedemütigt-Verfolgt-Vertrieben-Ermordet. Hans Haider, Klagenfurt/Celovec 2007
- Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Hans Günther Adler, Göttingen 2012
- Das Dreieck meiner Kindheit. Eine jüdische Vorstadtgemeinde. Michael Kofler, Judith Pühringer, Georg Traska, Wien 2008
- Theresienstadt. Eine Geschichte von Täuschung und Vernichtung. Wolfgang Benz, München 2013

Fußnote:

¹ Dem Propagandafilm „Theresienstadt. Dokumentarfilm aus einem jüdischen Siedlungsgebiet“ wurde nach 1945 fälschlich der Titel „Hitler schenkt den Juden eine Stadt“ zugeordnet. Möglicherweise stammt die Formulierung aus der New Yorker deutsch-jüdischen EmigrantInnenzeitung „Aufbau“: „Die Deutschen hatten den famosen Titel erfunden: 'Hitler schenkt den Juden eine Stadt!' Vom Reichtagsbrand bis zu diesem Film es ist eine Liste: Lüge und Betrug“ (Gefilmte Lügen. Was die Nazis der Welt über Theresienstadt erzählen wollten, in: Aufbau, 21.09.1945)

5 „ARISIERUNGEN“ IN DER HÜTTELDORFERSTRASSE

Die sogenannten „Arisierungen“ – Zwangsenteignungen des Besitzes jüdischer Bürger_innen zu Gunsten von „Arier_innen“ – begannen in Wien in breiter und organisierter Form mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich am 12. März 1938. Die österreichische Bevölkerung musste von den zentralen Staats- und Parteistellen nicht zur antisemitischen Politik überredet werden. Im Gegenteil: Nachdem in der Nacht vom 13. auf den 14. März 1938 und an den folgenden Tagen SS, SA, Polizei und Gendarmerie in Hunderte von jüdischen Wohnungen eindrangen, um Wertgegenstände zu rauben und selbsternannte „Arisierer_innen“ sich um jüdische Geschäfte und Unternehmen, um Großkaufhäuser und kleine Läden und Wohnungen rissen, untersagten die nationalsozialistischen Machthaber am 14. März 1938 die unkoordinierte Enteignung und die wilden Ausschreitungen. Freilich geschah dies nicht aus Sorge um die jüdische Bevölkerung, sondern um eine Aufrechterhaltung des Ansehens Deutschlands im Ausland, das aufgrund der Pogrome litt, und um der Vernichtung von Sachwerten bzw. den vom Staat unkontrollierten „Arisierungen“ Einhalt zu gebieten – die spontanen, pogromartigen Ausschreitungen mit allen ihren grausamen Facetten waren ein wohlberechneter und willkommenes Faktor im nationalsozialistischen Herrschafts- und Terrorsystem.

Die systematische Entrechtung der jüdischen Bevölkerung wurde mit dem Erlass des Reichsstatthalters der „Ostmark“, Arthur Seyß-Inquart, am 15. März 1938 in Angriff genommen. Durch eine Flut von Gesetzen und Erlassen, die Jüdinnen und Juden kaum überblicken konnten, wurde deren antisemitische Diskriminierung, soziale Ausgrenzung, Deklassierung und Beraubung legal abgesichert.

So fanden etwa allein in der Hütteldorferstraße unzählige „Arisierungen“ statt, wovon laut Information des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands die Mehrzahl nicht entschädigt wurde.

Das Haus in der Hütteldorferstraße 153 (jetzt Matznergasse 44) vor dem wir hier stehen, gab bei der Erneuerung der Hausfassade im November 2002 einen Hinweis an diese Übergriffe preis: Hinter einer Holzfassade die im Rahmen der Arbeit an der Fassade abgenommen wurde, kam die mit weißem Kalk geschmierte Aufschrift „Jud“ zum Vorschein. Jahrzehntlang verdeckte die Holzfassade dieses Relikt. Das in der Broschüre abgedruckte Foto – aufgenommen von der Hütteldorferstraße aus – entstand, bevor der Schriftzug durch einen neuen Anstrich des Hauses übermalt wurde. In Folge angestellte Nachforschungen ergaben, dass sich in dem Haus zwei Geschäfte befanden die in jüdischem Besitz waren. Eines war spezialisiert auf Haus- und Küchengeräte und eingetragen auf Elimelech Bilgry, geboren am 15. März 1904. Es ist



Noch 2002 finden sich in der Matznergass
Spuren der antisemitischen Verfolgung.
(Foto: Alexander Pöpperl)



uns nicht bekannt bis wann Elimelech Bilgrey sein Unternehmen dort führen konnte. Er und seine Frau Johanna Bilgrey haben es allerdings – laut Eintrag in der Online-Datenbank einer britischen Ahnenforschungsseite – in die Emigration nach Großbritannien geschafft, wo Johanna Bilgrey im September 1974 und Elimelech Bilgrey im Dezember 1981 in Birmingham verstarben.

Das andere Unternehmen war spezialisiert auf Textilien und lautete auf Isaak Schenkelbach. Auch er und seine Ehefrau Beckie Schenkelbach scheinen es in die Emigration, und zwar nach New York geschafft zu haben. Genaueres zu den Schicksalen der beiden Familien ist uns leider nicht bekannt, die zum Vorschein gekommene Aufschrift ist jedoch ein Hinweis auf die von ihnen erfahrenen Diskriminierungen und Übergriffe. Als weiteres Beispiel für den Raub an der jüdischen Bevölkerung möchten wir das Schicksal Hersch Weinfelds erzählen. Im Historiker_innenkommissionsbericht zu „Arisierung und Rückstellung von Wohnungen in Wien“ findet sich folgende Information:

Hersch Weinfeld, geboren am 29. Juli 1871, von Beruf Tischlermeister, wurde am 4. Juli 1938 aus seiner Wohnung Hütteldorferstr. 150-158/9/10 gekündigt. Am 10. Oktober musste er seine Wohnung räumen, obwohl er Einwendungen gegen die Kündigung erhoben hatte, mit der Begründung, er habe seinerzeit diese Gemeindefunktion im Tauschwege erhalten. Wörtlich schreibt er: „Ich habe somit die jetzige gekündigte Wohnung gegen eine Leistung meinerseits erhalten, die ich nicht zurückbekomme.“ Und weiter: „Die Verhältnisse auf dem Wohnungsamt sind gerichtsbebekannt. Jede freiwerdende Wohnung muss den Parteistellen angezeigt werden. Es ist somit ausgeschlossen, dass ich eine Wohnung erhalte. Auch eine Untermiete ist derzeit durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht zu erreichen. Ich muss hoffen, dass

ich in einigen Monaten auswandern kann, und bitte, mich noch diese kurze Zeit aus den angeführten Gründen in meiner Wohnung zu belassen und mir die Räumungsfrist um 6 Monate verlängern zu wollen.“ Weinfeld übersiedelte dann kurzfristig in den 8. Bezirk und wurde von seiner letzten Wohnadresse in eine Sammelwohnung, in der Leopoldstädter Tandelmarktgasse 9/11, gemeinsam mit seiner Frau Dwoire (geboren am 28. Juli 1877) am 14. Juli 1942, nach Theresienstadt deportiert. Hersch Weinfeld starb dort am 29. September 1942, Dwoire am 22. April 1944.

Walter H., der Weinfelds Hütteldorfer Wohnung übernommen hatte, beanstandete einige Gebrechen in der Wohnung, die die Gemeinde Wien behob und die Reparaturkosten in der Höhe von 38,50 Reichsmark Weinfeld verrechnen wollte. Daher erging an das Bezirksgericht Josefstadt, das für Weinfelds letzten Wohnsitz (in der Albertgasse) vor der Überstellung in die Sammelwohnung zuständig war, die Aufforderung nach Prüfung der Vermögensverhältnisse zwecks Exekution. Weinfeld wurde also nicht nur seiner Wohnung beraubt, er sollte dafür auch noch zahlen.

Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger und Susanne Kowarc: „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien. Die Vertreibung der jüdischen Mieter und Mieterinnen aus ihren Wohnungen und das verhinderte Wohnungsrückstellungsgesetz. Wien, 2000: In dem Haus Hütteldorferstraße 201 war laut Grundbuch Breitensee von 1933 bis 1940 Margit Stern gemeldet, mit 1940 änderte sich der Besitz laut Grundbuch und es wurde nunmehr die Carowerk GmbH genannt. 1948 steht im Grundbuch schließlich die Rückstellungskommission, was darauf hinweist, dass ein Antrag auf Rückstellung entzogenen Vermögens gestellt wurde. Der nächstfolgende Eintrag im Grundbuch ist aus dem Jahre 1961, in dem eine Änderung von Caro-Werk Ges.m.b.H. auf Enzesfeld-Caro Metallwerke Aktiengesellschaft vermerkt wird. Laut Information auf der Homepage der Firma läuft der Betrieb nach einem Zusammenschluss der Enzesfeld-Caro Metallwerke mit buntmetall amstetten im Jahre 1989 unter letzterem Namen. Die auf der Homepage zu findende Firmengeschichte von Carowerk GmbH endet im Jahre 1928 und setzt wieder 1961 ein. Nach der Fusion der Enzesfelder Metallwerke AG und der Carowerk GmbH lautet das Unternehmen auf den – auch im Grundbuch der Hütteldorferstraße 201 korrigierten – Namen Enzesfeld-Caro Metallwerke AG. Zur Geschichte der Enzesfelder Metallwerke AG ist auf der Homepage nur etwas über die „Verwaltung durch [die] sowjetische Besatzungsmacht“ zwischen 1945 und 1955 zu erfahren. Und dass der Betrieb ab 1955 „Teil der Verstaatlichten Industrie“ war. Über das Schicksal Margit Sterns ist uns leider nichts bekannt.

Ebenso wenig über das Schicksal Stefan und Martin Fröhlichs. Sie waren laut Grundbuch Eigentümer des Hauses in der Hütteldorferstraße 88 bis das Eigentum an Gerhard von Peltzer, geboren am 28.7.1902, übergang. Gerhard von Peltzer wurde nach 1945 sowohl nach dem Paragraphen 11 des Verbotsgesetzes angeklagt, was seine Betätigung in der NSDAP belegt, als auch nach dem Paragraphen 6 des Kriegsverbrechergesetzes: Missbräuchliche Bereicherung. Ob es zu einer Restitution gekommen ist konnte nicht ermittelt werden.

6 DAS REICH DER ILLUSIONEN: KINO UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS

Aus einer Wiener Erinnerung: „Ich war damals siebzehn, liebte das Kino, sah jeden neuen Film, vor allem die Dramen, die Musik- und Operettenfilme. Doch eines Abends sagte die KassiererIn „Kindchen, Du kannst nicht mehr kommen es ist verboten. Ihr dürft nicht mehr ins Kino.“ Ich sah sie völlig überrascht an, und dann begann ich zu weinen. Nie mehr ins Kino, keine Lieder beim Einschlafen summen, von keinen Bildern träumen. Sie verkaufte die letzten Eintrittskarten, sah mich mitteilidig an und sagte: „Pass auf, Du kommst immer, wenn es drinnen dunkel ist, der Film angefangen hat. Du musst aber schnell rausgehen, bevor das Licht wieder angeht.“ Ich war glücklich, es ging ein Jahr gut, dann erkannte mich jemand, und die KassiererIn wurde von der Gestapo verwarnt. Von allen Filmen hatte ich nie das Ende gesehen. Hatte es ein Happyend gegeben? Als im Winter 45/46 die Kinos wieder öffneten, suchte ich nach den alten Filmen. Ich wollte endlich wissen, was am Ende der Filme geschah. Es war so, wie ich gedacht hatte, immer mit Happyend.“

Die Kinos in der Zeit der Nazi-Herrschaft waren Orte der Unterhaltung, der Entspannung, die zunehmend in den Dienst der populistischen, rassistischen und militaristischen Propaganda gestellt wurden. Es gab eine gezielte Abstufung zwischen reinen Unterhaltungsfilmern, die die Traditionen der Ufa und des Wiener Films fortsetzten, historischen und politischen Filmen mit eindeutigen Botschaften an das Volk und offenen rassistischen, völkischen, verhetzenden und letztlich den Krieg und die Diskriminierung, Vertreibung und Vernichtung legitimierenden Spielfilmen. Die Filmstoffe und Inhalte wurden nach 1933 in Deutschland und mit dem Filmabkommen Österreichs mit dem NS-Reich von 1936 auch vor dem März 1938 radikal verändert. Das circa 2000 Filmschaffende betreffende Berufsverbot betraf alle Bereiche der Filmproduktion vor und hinter der Kamera. FilmkünstlerInnen, die auf den Listen der Nazis als jüdisch markiert waren, sollten aus der „deutschen Schauspielkunst“ entfernt werden. Der Film in Berlin und Wien wurde mit wenigen Ausnahmen gleichgeschaltet. Im Bereich der leichten Musikkomödien durften noch einige wenige mit Sondergenehmigung weiterarbeiten, aber das war auch nur eine Gnadenfrist bis 1937. Jüdische Filmkünstler wurden vertrieben, ins Exil gezwungen, verhaftet, deportiert und ermordet. Nur wenige kehrten nach dem Ende des Weltkrieges und der Shoah zurück. Manche wie Leon Askin versuchten erst sehr spät in den Achtzigern in Wien einen Neuanfang. Auf seinen Namen gibt es eine Strasse in Penzing, genauso wie auf den Namen Lotte Lenya, die vor 1933 die Hauptrolle in der „Dreigroschenoper“ spielte und auf den Namen einiger anderer KünstlerInnen jüdischer Herkunft, so Z.B. den

Sänger Jan Kiepura, der mit seiner Frau, der beliebten Sängerin und SchauspielerIn Martha Eggerth eine demokratische Heimat in den USA fand.

Die Vertreibung jüdischer Filmschaffender ist zugleich nicht von der brutalen und umfassenden „Arisierung“ der Wiener Kinos zu trennen. Film und Kinos waren bis 1938 in Wien ein kreativer und innovativer Bereich zahlloser junger jüdischer KünstlerInnen und jüdischer Familien, die Kinos gründeten. Es war ein ertragreicher Wirtschaftszweig, doch an jeder Ecke lauerten diejenigen, die auf ihre Stunde warteten, sich der NSDAP andienten und sich mit oder ohne Parteibuch in das gemacht Nest setzten wollten. Im März 1938 war die Stunde gekommen, und es dauerte nicht lange, dass die BesitzerInnen ihren jahre- oder jahrzehntelang erarbeiteten Familienbesitz für eine lächerlich geringe Summe abgeben mussten. Mit den Filmhalten veränderten sich auch die Besitzverhältnisse der Kinos. Das „Reich der Illusionen“ wurde errichtet, und Regisseure, Drehbuchautoren, FilmschauspielerInnen passten sich nicht nur an, sondern wurden zu aktiven Propagandisten der NS-Ideologie. Goebbels, der Propagandaminister in Berlin, brachte das lakonisch auf die Formel „Propaganda durch Unterhaltung“.

Wenn Paula Wessely in dem Film „Heimkehr“ (1941) unter der Regie von Gustav Ucicky, einem der wichtigsten Wiener Propagandaregisseure, auf dramatische Weise überzeugend antisemitisch und rassistisch agiert, so war das für Tausende glaubhafter und wirksamer als jede politische Propagandarede im Radio. Außerdem bedeuteten solche Rollen Auszeichnungen, ein höheres Gehalt oder gar Steuerbefreiung. Es gab zwischen Berlin und Wien eine Arbeitsteilung bei der Produktion propagandistisch einsetzbarer Spielfilme. Aufgrund der langen antisemitischen Tradition in Wien produzierte Wien neben „Heimkehr“ noch zwei weitere antisemitische Filme: „Leinen aus Irland“ 1939 unter der Regie von Heinz Helbig, und „Wien 1910“, 1943 von E.W. Emo, der die letzten Tage aus dem Leben des antisemitischen Wiener Bürgermeisters Lueger nazigerecht aufbereitet.

Die Propagierung der NS-Ideologie war Kunst und gleichermaßen Geschäft. Doch nach 1945 hatte niemand etwas gewusst, wurde die Lüge kolportiert, man sei gezwungen worden oder auf einen jüdischen Freund verwiesen, dem man geholfen habe. Bloß wo sind all diese jüdischen Freunde und Nachbarn geblieben, denen man vorgibt geholfen zu haben? Das Reich der Illusionen wirkte auch nach 1945. Die Selbstlüge tanzte in den Nachkrieg, und die Vertreibung der jüdischen Filmschaffenden und KinobesitzerInnen wurde nie rückgängig gemacht. Die Leinwand blieb leer.

7 BETHAUS BREITENSEER STRASSE

Über das Bethaus Breitenseer Straße ist sehr wenig bekannt. Vermutlich handelte es sich hier um ein kleineres privates Bethaus bzw. Betstube. In Wien gab es neben den 18 größeren Synagogen und Tempeln mehr als 70 Vereinsbethäuser und etliche private Betstuben. Die privaten Bethäuser bzw. Betstuben wurden oft von Rabbinern unterhalten. Die meisten Bethäuser und Betstuben wurden während des Novemberpogroms zerstört, Bethausvereine wurden oft noch davor aufgelöst.

Die großen Synagogen wurden vorwiegend direkt von der IKG betreut. Die kleinere Synagogen, Bethäuser und privaten Betstuben wurden von einem eigenen Verein erbaut, betreut und erhalten. Diese so genannten Vereinssynagogen oder Vereinsbethäuser waren autonomer, konnten somit auch von Riten der IKG abweichen. Die Vereine wurden lediglich von der IKG subventioniert. Nur Rabbiner der Tempel der IKG waren Angestellte der IKG, Rabbiner der Vereinssynagogen waren deswegen materiell schlechter gestellt. Vereinsrabbiner forderten in der Zwischenkriegszeit wiederholt die Gleichstellung der Vereinssynagogen mit jenen der IKG. Über die kleineren Vereinssynagogen ist mit Ausnahme ihrer Adressen und Namen relativ wenig bekannt. Bilder, Fotos vom Inneren oder Baupläne sind großteils verschollen oder wurden während der Shoah vernichtet. Über die privaten Betstuben ist meist noch weniger bekannt, da sie nicht als Vereine eingetragen waren.

Die Bethausvereine waren zentral für das religiöse jüdische Leben in Wien. Sie zeugen auch von der verschiedenartig der jüdischen Gemeinde in Wien vor 1938; es gab liberale Bethausvereine, orthodoxe, sepharidische und chassidische. Die Bethausvereine sahen ihre Rolle nicht genügend geschätzt und gefördert von der IKG, schon 1918 schlossen sich einige Vereine zu einem „Aktionskomitee“ zusammen um der IKG ihre Wünsche und Forderungen zu überbringen, um so ein „Erstarken des Wiener Religiösen Lebens [zu] bezwecken“. Die in Wien erscheinende jüdische Zeitung „Die Wahrheit – Unabhängige Zeitschrift für jüdische Interessen“ schrieb über das „Aktionskomitee“ der Bethausvereine, „dass die Tempelvereine Wiens im jüdischen Gemeindeleben nicht die Stelle einnehmen, die ihnen gebührt und für das Wiener Judentum selbst notwendig ist. Die Tempelvereine sollen in die Mitte des jüdischen Kultus in Wien gestellt werden. Sie nehmen dem Wiener Kultusvorstand jährlich eine große materielle Last ab, Sie erhalten das religiöse Gewissen in den Bezirken, Sie sind durch ihren Zweck vor allem berufen, den Kultus und Gottesdienst in ethisch wirksamster Weiße auszugestalten. Der Kultusvorstand soll diese Tätigkeit der Tempelvereine würdigen“ .

Eine der wenigen Erwähnungen des Bethaus Breitenseer Straße findet sich in der

Zeitung „Die Stimme“, die Zeitschrift des Zionistischen Landes Verbandes. Dort wird 1932 das Bethaus in einer Liste von Spendern angeführt, die Gemeinde des Bethauses spendeten neun Schilling an den Jüdischen Nationalfonds (Keren Kajemeth Lelsrael); einem Zionistischen Fonds zur Förderung jüdischen Lebens in Israel. Die geringe Spendensumme lässt vermuten, dass es sich hier wohl eher um eine arme Gemeinde handelte. Welchem Ritus das Bethaus Breitenseer Straße zuzuordnen ist, wird sich wohl nie klären, es gibt kaum Quellen.

Mit dem Novemberpogrom und der Shoah wurde die Welt der Wiener Bethäuser vernichtet. Auch das Bethaus Breitenseer Straße wurde im Zuge des Novemberpogroms zerstört. Das Ausmaß des österreichischen und deutschen Vernichtungsantisemitismus zeigt sich an Orten wie diesem. Die Antisemitinnen und Antisemiten wollten jede Spur jüdischen Lebens löschen, hier ist es ihnen leider gelungen. Weder Namen noch Geschichten der Rabbiner und Gläubigen die sich hier versammelten sind bekannt. Auch heute erinnert meist nichts mehr an die 76 Wiener Bethäuser, nur an einigen wenigen ehemaligen Bethäusern wurde eine Gedenktafel angebracht.

8 „VEREIN GELÖSCHT – BEHÖRDLICHE AUFLÖSUNG“: CHRONOLOGIE EINER BANALITÄT DES BÖSEN

In der Sturzgasse 40 befand sich bis 1938 das Vereinsgebäude des „Krankenunterstützungs- und Bethausvereins Auhawe Israel“ (Die Liebe zu Israel). Der Verein wurde 1906 als religiöses Zentrum für die polnisch-sephardische Gemeinschaft gegründet und am 27. September 1938 vom „Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände“ aufgelöst. Einige Eckdaten der kurzen Geschichte von „Auhawe Israel“ lassen sich anhand der Akten zur Gründung und Auflösung des Vereins nachvollziehen.

Die „Dienststelle Stillhaltekommissar“

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 kam es zu ersten Beschlagnahmungen von jüdischem Vereinsvermögen und -einrichtungen. Zur effizienteren Überwachung und Abwicklung von Übernahmen und Liquidationen, wurde am 18. März 1938 die Dienststelle des „Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände“

Vermögen des Bethausvereines am 31. März 1938

	9	9
1 Becher	8.	—
X 2 Tränkeure ohne Kaps	15.	—
X 3 oesterr. Santschone à Kronen 1000. v. Jahre 1921.		30
* 1 Baumplatz XI, Tränkeureyugame Kampfreis	4500.	—
X 1 Umbau	12.	—
1 Kumpf. Bethausrichtung Materialienwert	25.	—
5 Flora Rollen samt Planerl	500.	—
2 Por. Phagen	25.	—
2 Fodagim	15.	—
2 Leuchter	4.	—
1 Memorab	20.	—
	4824	30
für die Richtigkeit		
Paul Katz mp.	Kran David Haschmann mp.	5124 30
Hj. Schriftführer	Hj. Obmann	

Zu den Akten
20. Juni 1938
IV a c Brw/Ba

Stillehaltkommissar für Vereine
Organisation und Verbände

An die
Osterr. Creditanstalt-Bankverein
1110 Wien

Betrifft: Auhawe Israel Bethaus XIV
In der Beilage überweise ich Ihnen
Südische Staatschuldverschreibung Nr. 1.402.555
Kr. 500.— (Vierhundert) 1
Südische Staatschuldverschreibung Nr. 1.414.315
Kr. 500.— (Fünfhundert) 1
66 Iger Österreichischer Staatsschatzschein
Nr. 130.199 Kronen 1.000.—
66 Iger Österreichischer Staatsschatzschein
Nr. 130.196 Kronen 1.000.—
66 Iger Österreichischer Staatsschatzschein
Nr. 130.197 Kronen 1.000.—
zur Unterschrift auf vorher Depot Konto.

Hell Hitler!

5 Beilagen
Eingeschrieben

chivs zum Bethaus Auhawe Israel wider. In diesen ist die kurze Geschichte des Vereins chronologisch – und fein säuberlich mit Kennzahlen versehen – dokumentiert. Die älteren Dokumente betreffen dabei die Vereinsgründung und eine Statutenänderung, zum Großteil handelt es sich allerdings um Enteignungsverfügungen, Vermögenserhebungen und „Eingangsbestätigungen“ aus den Jahren 1938 bis 1940.

Chronologie der Enteignung und Zerstörung
Der Akt zum „Bethausverein Auhawe Israel“ im Wiener Landesarchiv ist eine schmale Mappe, auf deren Vorderseite ein Stempel mit der Aufschrift „Verein gelöscht“ prangt - darunter findet sich ein handschriftlicher Vermerk, der auf dessen „Behördliche Auflösung“ hinweist. Das Datum des Stempels ist der 10. Februar 1948 und die Kennzahl des Aktes lautet 6552/38. In dem unscheinbaren grau-braunen Umschlag finden sich alte Dokumente, die Hinweise auf

geschaffen, die bis Ende 1939 bestand. Diese löste innerhalb weniger Monate nicht nur Vereine, sondern auch Gewerkschaften, Zünfte und Innungen und eben Religionsgemeinschaften auf. Unter dem Wiener „Stillhaltekommissar“ Albert Hoffmann, wurden so über 600 jüdische Vereine und 325 jüdische Stiftungen zerstört und deren Vermögen eingezogen. Die Summe der gestohlenen Vermögenswerte lag dabei in etwa zwischen 236 und 253 Millionen Reichsmark und setzte sich aus minutiös katalogisierten Einzelposten zusammen. Einige Liegenschaften und wenig Vermögen wurden perfiderweise der Israelitischen Kultusgemeinde, den wenigen länger geduldeten Dachverbänden sowie der Allgemeinen Stiftung für jüdische Fürsorge überlassen, die damit den Lebenserhalt von Ghettoisierten, aber auch Vertreibung und Deportation von Jüdinnen und Juden mitfinanzieren mussten. Laut eines Berichtes der Historiker_innenkommission zur Enteignung und Auflösung jüdischer Vereine, wurde zudem ein Teil des geraubten Vermögens zur Entschädigung von Hausverwaltungen genutzt, deren Immobilien im Zuge des Pogroms beschädigt oder zerstört wurden. Der Großteil wurde allerdings „arisiert“, wobei nach dem Novemberpogrom weiterhin Verwertbares gesucht und konfisziert wurde – auch in den zerstörten Synagogen und Bethäusern. Das solcherart geraubte Hab und Gut wurde in die Stillhaltekommission „einverleibt“ oder an „arische“ Interessent_innen verkauft. Zur nationalsozialistischen Praxis der akribisch dokumentierten Enteignung und Zerstörung findet sich im Kommissions-Bericht folgendes Zitat: „Die NS-Administration kümmerte sich (...) um die Sicherstellung der Ritualgegenstände aus zerstörten Tempeln und um die möglichst effiziente Wiederverwertung der Tempelruinen“ (Duizend-Jensen 2002, S. 45). Diese Vorgangsweise spiegelt sich auch deutlich in Akten des Landes- und des Staatsar-

die Geschichte des Bethauses sowie auf die Menschen, die damit in Verbindung standen, geben. Das erste Dokument ist auf den 30. Oktober 1906 datiert; es handelt sich dabei um den Antrag auf Bewilligung der Gründung eines „Krankenunterstützungs- und Bethausvereins“, der von „den Herren Jakob Spira Ruizmann, Josef Kutscher Ruizmann und Louis Hoch“ an die „hohe k.k. niederösterreichische Statthaltereie“ gestellt wird. Zweck des zu gründenden Vereins ist es, den Gottesdienst nach polnisch-sephardischem Brauch abzuhalten und den Mitgliedern bei Erwerbsunfähigkeit monetäre Unterstützung zukommen zu lassen. Zunächst erhebt die Israelitische Kultusgemeinde, die die meisten Synagogen und Bethausvereine auch mitfinanziert, Einwand, da von den Vereinsgründern noch kein „Ansuchen um Zustimmung“ an sie ergangen ist. Schließlich wird der Verein aber doch gegründet und eröffnet sein Bethaus in der Sturzgasse 40. Im Juni 1920 beschließt die Mitglieder_innenversammlung von „Auhawe Israel“ eine Statutenänderung, für die ebenfalls eine Bewilligung eingeholt wird. 1938 endet der Akt dann abrupt mit zwei kurzen Dokumenten zur Auflösung des Vereins und zu dessen Löschung aus dem Vereinskataster.

Im Akt des österreichischen Staatsarchives ist vor allem die amtliche Korrespondenz der „Dienststelle Stillhaltekommissar“ erfasst. Damit finden sich hier also in erster Linie Dokumente, welche die Geschichte der Enteignung und Auflösung des Vereins erzählen. Das erste ist eine handschriftliche Auflistung aller Vermögenswerte des Vereins „Auhawe Israel“, die schon am 31. März 1938 – also etwa drei Wochen nach dem „Anschluss“ – erstellt wurde. Ein maschinengeschriebenes Dokument vom Juni

Aktenabschlussblatt

Abt. IV Ac Referat und Nr. 31 A 14/1 Schl. Nr. VI-62-1286

I. Genauer Name der Organisation: "Ahawath Israel" Bethaus-Verein,

Ort: Wien, 14.
 Straße: Sturzgasse 40.

II. Betroffene Verfügungen:

1. Aufgelöst,
 2. Vermögens eingezogen.
 3.
 4.

III. *) Abgewickelt durch Einzelschlichter.

IV. *) Aufbaumlage und Verwaltungsgebühren wurden lt. Mitteilung der Buchhaltung nicht bezahlt.

V. *) Vereinspolizei hat unsere Verfügung nicht durchgeführt.

VI. Wer Akt kann geschlossen werden.

VII. Wiedervorlage am:

Wien, den 5. Jänner 1940.

Unterschrift
1-44

Vermögensbilanz
per 31. März 1938.

Verein, Eigentümer (bzw. Organisationsleiter): "Ahawath Israel" Bethaus-Verein
Wien.

Vermögen:	
I. Zahlungsmittel:	
a) Kassenbestand	
b) Postsparkassenscheine	
c) Bank- und Sparkassenscheine	RM 3.25/ RM 3.25 ✓
d) Umlaufvermögen	
II. Wertpapiere:	
a) Staatsanleihe	" 20.-- " 20.-- ✓
b) Sonstige	
III. Forderungen:	
a) Restschuld (Gebalts- und Kassenrückstände)	
b) Darlehen:	
geführt	
ungeführt	
c) Sonstige Forderungen	" -- " -- ✓
d)	
IV. Anlagevermögen:	
a) Grundstücke und Gebäude	" 5000.-- ✓
b) Beteiligungen	
c) Depotbesitzleistungen	" 1.-- " 1.-- ✓
d) Inventar und Mobilien	" 10.-- " 1011.-- ✓
e) Goldenes Armband	
V. Sonstige Forderungen:	
a) Kasse und Büchereien	" 3034.25 ✓
Schulden:	
VI. Passschulden:	
VII. Verbindlichkeiten:	
a) Lieferanten	
b) Darlehen	
c) Sonstige Schulden	
d)	
VIII. Depotbesitzleistungen:	
IX. Kasse und Büchereien:	

*) Bilanzstichtag ist in runden.
 Hinreichungen und Geforderungen zur Bilanz siehe Rückseite!

IV Ac

24. September 1938.

H. Grimm

An
 Hr. Dr. S i m e l, in Hause

Betrifft: Bethausverein Ahawath Israel A 31 A 14/1

Die Vermögenswerte des obgenannten Vereines wurden eingezogen, unter anderem auch ein Grundstück XV., Tautenhayngasse 15 (Bauplatz), oca 600 m² gross. Preis RM 5-7 pro m². Der derzeitige Pächter, Dachdeckermeister August Schön, Wien XV., Tautenhayngasse 16, will diesen Bauplatz käuflich erwerben.
 Ich ersuche Sie, um weitere Behandlung.

Heil Hitler!

1) Zudek
 2) Grimm

Was bleibt?

Nach insgesamt sieben Monaten nationalsozialistischer Herrschaft ist vom Krankenunterstützungs- und Bethausverein Ahawath Israel nicht viel mehr übrig, als die Erinnerung und einige Seiten an Akteneinträgen. Ebenso wenig lässt sich über die Personen herausfinden, deren Namen in den letzten Einträgen aufscheinen. Recherchen zum damaligen Vereinsvorstand ergeben allerdings, dass zumindest zwei Personen – der Schriftführer Zudek Josefsberg und der Obman Aron David Wachmann – der Vernichtung rechtzeitig entkommen konnten. Die wenigen Informationen zu den Personen beziehen sich dabei auf ihre Geburts-, Sterbe- und Meldedaten, ihren Familienstand sowie auf ihren Beruf. Sie erzählen nichts über die Menschen selbst, geben jedoch Hinweise darauf, dass beide die Shoah überlebten.

desselben Jahres, in dem der Stillhaltekommissar die Vermögenswerte bereits an die „Österreichische Creditanstalt – Wienerbankverein“ übermittelt, bestätigt diese erste Erfassung. Ein „Aktenschlussblatt“ aus dem Jahr 1940 dokumentiert schließlich genau, was enteignet wurde: nämlich alles Greifbare, eingeteilt in „Zahlungsmittel“, „Wertpapiere“, „Forderungen“ und so genannte „Anlagevermögen“. Neben Geld werden also die wenigen Ersparnisse des Vereins sowie ein bis dato vermietetes Grundstück im 15. Bezirk, Tautenhayngasse 19, „einverleibt“. In die letzte Kategorie der „Anlagevermögen“, fällt dabei das gesamte Inventar und alle Kultgegenstände des Bethauses. Darüber hinaus ist auch ein goldenes Armband aufgelistet; dies muss allerdings separat vermerkt werden, da das Dokument zur Enteignung von Vereinen keine eigene Kategorie für geraubten Schmuck vorsieht. Den Abschluss des Aktes im Staatsarchiv bilden mehrere im Zuge der Vereinsauflösung entstandene „Übernahmeanträge“ und „Eingangsbestätigungen“. Das Auflösungsdocument mit dem Aktenzeichen IV Ac 31 A 14/1 wird am 26. September vom damaligen Vorstand bestätigt; für den Verein unterzeichnen Aron David Wachmann, Robert Fürst, Josef Kolb, Paul Katz und Zudek Josefsberg. Schon zwei Tage zuvor, am 24. September 1938, stellt der Dachdeckermeister August Schön, wohnhaft in der Tautenhayngasse 16 an die Stillhaltekommission einen Kaufantrag über das Nachbargrundstück, das er bislang vom Verein gemietet hatte. Das Dokument hat die Kennzahl der zuständigen Abteilung IV Ac, Akt No. 35 und dem Antrag wird noch im selben Jahr stattgegeben.

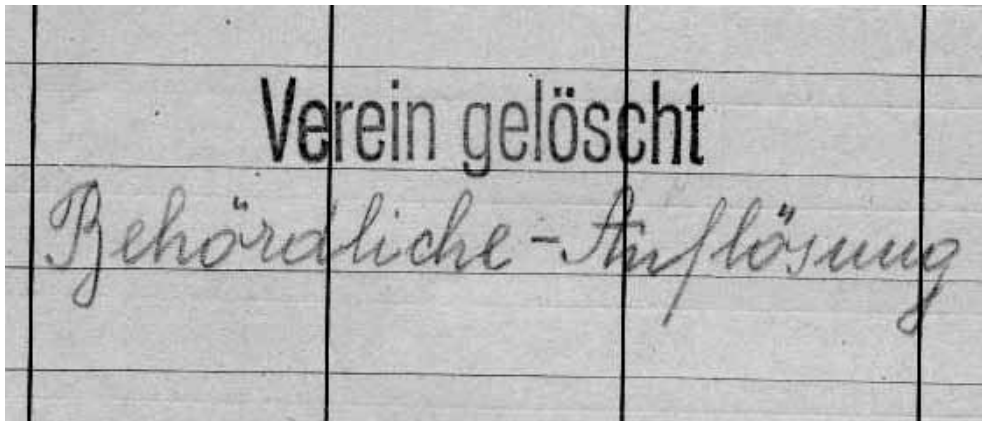
Aron David Wachmann wurde am 01.11.1882 im galizischen Podhajce geboren. Er war von Beruf Kaufmann und wohnte ab 1912 gemeinsam mit seiner Frau Katharina Wachmann in der Hütteldorferstraße 192. Am 23.2. 1939 verließ das Ehepaar Österreich offensichtlich noch rechtzeitig, denn in den Akten findet sich der kurze Vermerk „abgemeldet: Amerika“. Ob die Wachmanns dort auch tatsächlich ankamen, bleibt zu hoffen. Sicherlich überlebt hatte allerdings der Schriftführer Zudek Josefsberg. Auch er war Kaufmann von Beruf und wurde am 14.02.1888 in Drohobycz geboren. 1929 zog er gemeinsam mit seiner Frau Golde nach Wien in die Hütteldorfer Straße 137. Er wurde im Zuge des Novemberpogroms verhaftet und am 16.11.1938 im KZ Dachau unter der „Kategorie Schutzhaft-Jude“ als Zugang registriert – von seiner Frau Golde ist aus dieser Zeit nichts in Erfahrung zu bringen. Allerdings zeigen spätere Meldedaten, dass Zudek Josefsberg offensichtlich aus dem KZ fliehen konnte oder entlassen wurde, denn das Ehepaar konnte am 15.5. 1939 nach Shanghai ausreisen und entkam so der Vernichtung. 1947 kehrten die Josefsbergs nach Wien zurück, wo Zudek einige Jahre später, am 7.4. 1954, starb.

Das Bethaus findet auch in einem Zeitzeugenbericht Erwähnung, Kurt Fuchs/ Karl Fox wurde 1925 als Sohn eines Fabrikanten in Wien geboren. Über das Bethaus berichtet er „An den hohen Feiertagen gingen wir in den Tempel in der Turnergasse, ansonsten in ein Bethaus in der Sturzgasse, das näher an unserer Wohnung lag. Mein

Vater verlor seine Fabrik am Anfang der großen Weltwirtschaftskrise, und so waren wir nicht reich, aber glücklich, bis der ‚Anschluss‘ kam.“

Kurt Fuchs/ Karl Fox floh im Juni 1939 mit seiner Familie nach Belgien. „Als wir in Belgien ankamen, mussten meine Schwester Margit und ich dort in die Schule gehen. Belgien wurde 1940 auch von den Deutschen besetzt. Im Oktober 1942 verhaftete die Gestapo meinen Vater, meine Schwester Edith und mich. Meine Schwester Margit war schon auf dem Weg zur Arbeit und kehrte dank einer Warnung nicht in die Wohnung zurück. Sie konnte in Verstecken den Krieg in Brüssel überleben. Wir wurden via Malines nach Auschwitz deportiert, wo mein Vater Nathan und meine Schwester Edith ermordet wurden. Ich wurde in Buchenwald am 11. April 1945 befreit“.

Kurt Fuchs/ Karl Fox ging nach Neuseeland wo er ein neues Leben begann, heute lebt er in Australien bei seinen Kindern. In Neuseeland fand Kurt Fuchs/ Karl Fox einen sicheren Zufluchtsort: „Neuseeland war für mich der Zufluchtsort, in dem ich frei und willkommen war, weit weg von jenen Orten, wo all das Schreckliche passiert ist“.



Literatur:

- Arendt, H. (1964). Eichmann in Jerusalem: ein Bericht von der Banalität des Bösen, München: Piper.
- Blimlinger, E. (2004). Vermögenszug – Rückstellungen – Entschädigungen. Die Ergebnisse der Historikerkommission, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Gedächtnis und Gegenwart. Historikerkommissionen, Politik und Gesellschaft (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 20), Innsbruck/Wien/München/Bozen: Studien Verlag, S. 23-36.
- Historikerkommission / Duizend Jensen, A. (Hg.) (2002). Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution, Wien.
- Pawlowsky, V., Leisch-Prost, E. & Klösch, C. (2004): Vereine im Nationalsozialismus. Vermögenszug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945. Vereine, Stiftungen und Fonds im Nationalsozialismus 1 Band 21/1: Wien/München: Oldenburg-Verlag.

Internetquellen:

- <http://www.ns-quellen.at>

Archivmaterial:

1. WstLA, M. Abt. 119, A 32, Zl. 6552/1938.
2. ÖSTA, AdR, Stiko Wien, IV Ac 31 A 14/1 (Schachtel 557).

Zionistische Gruppe

In der Zeitung des österreichischen Zionistischen Landesverbandes „Die Stimme“, unter der Rubrik „Versammlungskalender“, steht mehrmals, dass sich eine zionistische Gruppe in der Sturzgasse 40 getroffen hat. Ob sich die Gruppe in den Räumlichkeiten des Bethauses „Auhawe Israel“ getroffen hat, ist unklar.

Bei der Zionistischen Gruppe dürfte es sich um eine „Sektionsgruppe“ der „Zionistischen Liste“ gehandelt haben. Die „Zionistische Liste“ war eine Organisation innerhalb der IKG, mit dem Ziel einen zionistischen IKG-Präsidenten zu wählen und die IKG zionistisch auszurichten. In der „Stimme“ schreibt die Gruppe, ihr Ziel sei die „Eroberung der Kultusgemeinde“. Das gelang Ihnen im Jänner 1933, als der Zionist Desider Friedmann zum Präsidenten der IKG gewählt wurde. Friedmann wurde nach dem „Anschluss“ mit einem der Prominentendeportationen ins KZ Dachau deportiert, schließlich wurde er 1942 mit seiner Frau nach Theresienstadt deportiert; wo er auch Mitglied des „Ältestenrates“ wurde. 1944 wurde er nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

„Der Stimme“ ist zu entnehmen, dass Anfang 1932 auch zionistische Diskussionsabende in der Sturzgasse 40 stattfanden. Einer der Redner war Dr. Jakob Weiner, ein in Polen geborener Bankangestellter und Aktivist der „Zionistischen Liste“. Weiner wurde mit dem „Transport 41“ mit der Gefangenenummer 961, am 14.09.1942 nach Malý Trostinec deportiert, wo er vier Tage später am 18.09.1942 ermordet wurde.

Ab 1933 finden sich in „Der Stimme“ keine Berichte mehr über zionistische Versammlungen in der Sturzgasse 40. Die Sektionsgruppe der „Zionistischen Liste“ für den 12. bis 15. Bezirk traf sich von nun an in der Herklotzgasse 21 im 15. Bezirk, dort stand ein größeres jüdisches Gemeindezentrum und mehrere jüdische Vereine tagten dort.

„Die Stimme“ bezog eine betont kämpferische Position gegen Antisemitismus. Sie berichtete von den grausamen Pogromen in Ost Europa, von den antisemitischen Gesetzen in Deutschland und von antisemitischen Hetzer_innen in Wien. Die letzte Ausgabe der „Stimme“ erscheint am Freitag den 11. März 1938, einen Tag vor dem „Anschluss“, mit einem deutlichem Aufruf bei der Volksabstimmung für ein „frei und unabhängiges“ Österreich zu stimmen.

RUTH BECKERMAN (2002): ILLUSION UND KOMPROMISSE. ZUR IDENTITÄT DER WIENER JUDEN NACH DER SCHOAH.

In: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Wien: Czernin-Verlag

[...]
Jüdische Existenz in Österreich nach 1945 ist mit einer Fülle von Identitätsproblemen verbunden.¹ Sie ist ein wackeliges Kartenhaus, gezimmert aus schmerzlichen Erfahrungen und hoffnungsvollen Phantasiebildern. Während die Erfahrungen „passieren“, erfordert die Gestaltung der Phantasiebilder hohen Energieaufwand: Sie müssen Kränkungen verdrängen oder zumindest relativieren. Die Juden sind so Meister im Vergessen der Demütigungen geworden, die ihnen seit der so genannten Stunde Null im „befreiten“ Österreich widerfahren.

Die antisemitische Einstellung der Politiker aller Parteien² und die Schikanen der Bevölkerung waren nur ein milder Ausdruck der wahren Stimmung in der Bevölkerung nach dem „Zusammenbruch“ des Dritten Reichs. Für die ersten zehn Nachkriegsjahre ist aus Zeugenaussagen und aus hunderten Berichten in der jüdischen und in der amerikanischen Presse³ eine Pogromstimmung erkennbar, die durch die Anwesenheit und das häufige Eingreifen der Alliierten gebändigt wurde. Wo immer Juden auftauchten oder auch nur über sie gesprochen wurde, machte sich Unmut Luft. Sogar während einer Vorlesung an der juristischen Fakultät der Universität Wien über die entrechtete Stellung der Juden im Mittelalter fühlte sich ein Teil der Hörer bemüßigt, durch Fußgetrappel seiner Sympathie für die Verfolger Ausdruck zu verleihen.⁴

Die Dunkelheit und das kollektive Erlebnis im Kino waren für nazistische Kundgebungen und Hassausbrüche gegen Juden und Antifaschisten prädestiniert. Als im Gartenbau-Kino der Film „Rom – offene Stadt“ gezeigt wurde, klatschte ein Teil des Publikums zu der Szene, in der Faschisten einen Priester foltern. Im Stafa- und Flotten-Kino berichtete die Wochenschau über die Rückkehr österreichischer Juden aus Shanghai. Der Kommentator betonte, dass die Juden kämen, um „am Wiederaufbau der Heimat teilzunehmen“. Aus dem Publikum antwortete es: „Vergasen“.⁵

Während der Wiener Bürgermeister Theodor Körner die antisemitischen Vorfälle als „Märchen“ bezeichnete, sahen die Juden sie als ernst zu nehmende Realität. In der Zeitschrift Der Neue Weg wurde wegen solcher und anderer Vorfälle die Befürchtung geäußert:

„Was haben wir armes Häuflein Überlebender [...] zu gewärtigen, wenn der Staatsvertrag einmal unterschrieben und der Schutz seitens der Alliierten zu Ende gegangen ist? Und da sprechen die offiziellen Stellen von einem ‚Märchen‘? Dieses Märchen ist nach sieben Jahren grausigsten Geschehens in Österreich noch immer schändliche, blutige Wirklichkeit!“⁶

Berichte dieser Art nannte Körner „bewußte Lügen oder gedankenloses Geschwätz, denn der Wiener ist Weltbürger und daher von vornherein kein Antisemit“⁷.

Die Volksgemeinschaft der Weltbürger war sich jedenfalls einig darüber, dass die durch Ermordung und Vertreibung der Juden geschaffenen Verhältnisse beibehalten werden sollten. Die Zustimmung zu diesen Verhältnissen kam in folgenden Erscheinungen zum Ausdruck:

Die Rückkehr überlebender Juden war weithin unerwünscht; sie wurde unterbunden und erschwert, wo es nur ging. Das lag in dem ungebrochenen Antisemitismus der Bevölkerung begründet, zum Teil auch in der Angst, diese Gruppe, die in keiner Weise schuldhaft in den Nationalsozialismus verstrickt war, könnte allzu viele Fragen stellen. Gerade die Emigranten, denen die Erfahrung von Deportation und Lager erspart geblieben war, würden sich lebhaft an die Ereignisse vor ihrer Flucht erinnern; über 100.000 österreichische Juden waren Zeugen gewesen, jeder Einzelne hätte auf ein Gesicht zeigen können.

Ein anderes Motiv für die Zustimmung war der entschiedene Wille, das den Juden geraubte Gut möglichst nicht wieder herauszugeben, sich in der während der NS-Zeit unter Ausschaltung jüdischer Konkurrenten gemachten Karriere nicht von einem Rückkehrer behindern zu lassen.⁸

Diese Haltung und die Stilisierung Österreichs zum ersten Opfer deutscher Aggression führte dazu, das Pogrom von 1938 und den Anteil der Österreicher an der Judenverfolgung aus dem österreichischen Selbstverständnis zu verdrängen. Dass sich weder Politiker noch Intellektuelle auf den Holocaust als entscheidendes Ereignis des 20. Jahrhunderts beziehen, wurde etwa deutlich, als 1983 eine große Zahl österreichischer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgefordert wurden, ihre Erinnerungen an Kriegsende und Nachkriegszeit aufzuschreiben. Abgesehen von den Beiträgen der Emigranten bestimmten Selbstmitleid, Sorge um die Neuverteilung der Machtpositionen und Kampf gegen die Besatzung (durch die Alliierten) die Erinnerungen. Auch retrospektiv gab es weder Entsetzen über die Verbrechen der Nazis noch Empathie mit den Opfern.

¹ Siehe R. Beckermann, Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945, Wien 1989.

² Siehe R. Knight, Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/M. 1988.

³ Siehe z.B. Der Neue Weg, Jg. 1945-1948.

⁴ Der Neue Weg, Nr. 13/14, Jg. 1946, 12.

⁵ Der Neue Weg, Nr. 6, April 1947

⁶ Ebd.

⁷ Der Neue Weg, Nr. 3, Februar 1947.

⁸ Vgl. z.B. Ch. Fleck, Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil, in: Vertriebene Vernunft 1, Wien 1987, 182.

⁹ J. Jung (Hg.), Vom Reich zu Österreich. Erinnerungen an Kriegsende und Nachkriegszeit, Salzburg 1983.

